

# BULLETIN

NUMMER 3 | September 2012



- 
- \* 4 Zweite Röhre - Ein vergiftetes Geschenk! \*
  - \* 10 Stadtrat - Erste Mobilmachung missglückt \*
  - \* 11 Abstimmung Casino - Verschlimmbesserung \*
  - \* 16 Fifa - Pecunia non olet \*
  - \* 22 Kosovo - Der erste Tourist \*
-

2

**3 Editorial**

Call Ali

**4 Zweite Röhre**

Ein vergiftetes Geschenk!

**6 Grüne Wirtschaft**

Grün. Stark. Initiative eingereicht!

**8 Gemeinderat**

Nicht GEGEN sondern FÜR

**10 Stadtrat**

Erste Mobilmachung missglückt

**11 Abstimmung Casino**

Verschlimmbesserung

**12 Kantonsrat**

CVP und FDP zwängeln wieder

**13 Regierungsrat**

Zum Wohle unserer Kleinsten

**14 Demonstration**

Justice now!

**16 Fifa**

Pecunia non olet

**18 Bahninfrastruktur**

Walchwil oder Murpfli?

**19 Bulletin Prozess**

Sieg und Frust

**20 Finanzplatz**

Labuylä – der Anfang vom Ende

**22 Kosovo**

Der erste Tourist

**24 Serviceteil**

Kino

Buch

Aufruf

Veranstaltungen

Adressen

Impressum



Noch geniessen sie Narrenfreiheit in den U.S.A. – die Cartoonisten

«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen:

- Alternative – die Grünen Baar
- Alternative – die Grünen Menzingen
- Alternative – die Grünen Unterägeri
- Alternative – die Grünen Stadt Zug
- Alternative – die Grünen Zug
- Forum Oberägeri
- Gleis 3 Alternative Risch-Rotkreuz
- Grüne Steinhausen
- Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

**Redaktion und Herausgeberverein**  
«Das BULLETIN»

# Call Ali

Thomas Ehrensperger, Präsident Alternative – die Grünen, Stadt Zug



*Ich habe ein differenziertes Bild des Kantons Zug. Ich bin hier aufgewachsen, habe alle Schulen in diesem Kanton durchlaufen und bin seit einem halben Jahrhundert in diesem Kanton wohnhaft. Ich mag diesen Flecken, er bedeutet ein Stück Heimat für mich. An die spöttischen Kommentare von Kolleginnen und Kollegen aus anderen Kantonen zur Niedersteuerepolitik dieses Kantons habe ich mich gewöhnt. Was mir aber auf meiner Reise durch die Türkei in diesem Frühling passiert ist, hat mich zusätzlich nachdenklich gemacht und es erfüllt mich nicht mit*

*Stolz, dass man Zug scheinbar auch irgendwo in einer Kleinstadt im Nordwesten der Türkei primär im Zusammenhang mit dem Handel von Rohstoffen kennt.*

*Die Geschichte, die ich erlebt habe, geht so. Ich wanderte durch die Gassen einer kleinen, aber berühmten Karawanenstadt und schaute mir die osmanischen Bauten an. Ich wunderte mich über die vielen Produkte, die man aus Safran herstellen konnte. Die durstige Kehle wollte es, dass ich mich in der belebtesten Teestube, die ich finden konnte, hinsetzte. Weit*

*und breit war kein Mensch in der Nähe, der Englisch oder Deutsch oder sonst eine Fremdsprache sprach. Ich beobachte das Leben in der Gasse, vor mir ein Glas Tschai, als mich plötzlich ein 63-jähriger Mann auf Englisch anspricht und mich fragt, ob er sich neben mich setzen darf. Ali, wie er hiess, erzählt mir, dass er 3 Fabriken für Fensterrahmen besitze und mehrere Minen. Er sei gerade von der Unterzeichnung eines Kaufvertrages über ein grösseres Gelände im Südosten von Anatolien zurückgekommen. Weiter erzählte er mir blumig, wie viel Geld unter der Erde liege und*

*nur darauf warte, gefördert zu werden. Der Wert seiner neusten Errungenschaft sei mehrere Hundert Millionen Dollar, wie er mir weiter erklärte und in Form von Chrom und anderen Erzen gelagert. Als er sich darauf besann, dass ich neben ihm sass und seinen Monolog unterbrach, frage er mich woher ich komme. Zunächst sagte ich vage Schweiz, als er nachbohrte, weil er angab die Schweiz zu kennen, sagte ich ‚Zug‘. Daraufhin meinte er, dass er Zug und Lugano kenne, an beiden Orten sei er schon gewesen. Praktisch gleichzeitig zückte er seine Visitenkarte hervor und legte sie vor mich und bat mich darum, Kontakte zu einem seriösen Partner in Zug herzustellen, um das neue Gelände, die neue Mine aufzubauen. Auf diese Bitte war ich nicht vorbereitet. Ich habe ihm dann gesagt, dass ich mich nicht auskenne und nicht vertraut sei mit solchen Dingen. Kurz darauf rief er «Foto please» worauf ein stämmiger junger Mann am Nebentisch aufstand und uns zwei fotografierte. Erst dann habe ich festgestellt, dass an den Nebentischen links und rechts offensichtlich seine Entourage sass. Beim Abschied nahm mich Ali zur Seite und meinte, wenn ich ein Problem in der Türkei hätte – «call Ali»!*

*Wieso ich das hier schreibe? Weil Zug in der Pflicht steht, wie es Andy Hürlimann im letzten Bulletin so treffend formuliert hat. Meine Geschichte oben beweist, wie schnell man als Zuger sogar während eines Urlaubs mit Rohstoffen oder Rohstoffhandel konfrontiert wird. Das Bulletin und die Alternativen – die Grünen Zug machen mit Vorstössen, Demos und Informationen die Bevölkerung immer wieder darauf aufmerksam. Und das ist gut so. Danke! ■*

# Ein vergiftetes Geschenk!

Thomas Bolli, Alpeninitiative | Bilder Peter Mosimann / ASTRA

## 4 Der Gütertransitverkehr gehört auf die Schiene und es sollen weniger Lastwagen durch die Alpen fahren. Das Volk hat diese Verkehrspolitik in mehreren Abstimmungen vorgegeben und 20 Milliarden Franken in die neuen Bahntunnels an Gotthard, Ceneri und Lötschberg investiert. Nun will der Bundesrat am Gotthard zusätzlich eine zweite Strassenröhre bohren.

Der Gotthard-Strassentunnel muss nach 2020 saniert werden. Das ist ohne Bau einer zweiten Röhre möglich. Die zeitweise Sperrung des Tunnels kann überbrückt werden. Erstens mit einem Verlad für Personewagen durch den bestehenden SBB-Scheiteltunnel zwischen Airolo und Göschenen. Zweitens mit einem Bahnverlad für die Lastwagen durch den neuen Gotthard-Basistunnel zwischen Bodio und Erstfeld (Eröffnung 2016). Die entsprechenden Bundesämter haben zahlreiche Studien durchgeführt, die alle zu denselben Ergebnissen gekommen sind: Eine Sanierung ohne zweite Röhre ist kostengünstiger, bezüglich Verkehrsbewältigung machbar und sie wird keine bedeutenden wirtschaftlichen Konsequenzen für die Anrainerkantone haben. Die von der Alpen-Initiative beigezogenen Experten sind unabhängig davon zu den gleichen Schlüssen gekommen.

### Gegen den Volkswillen

Zur Erinnerung: 1994 hat das Schweizer Volk die Alpen-Initiative angenommen. Seither ist der Ausbau der Strassenkapazität durch die Alpen verboten. 2004 hat das Schweizer Volk den Avanti-Gegenvorschlag abgelehnt, der eine zweite Strassenröhre am Gotthard forderte. 2011 haben die Stimmberechtigten des Kantons Uri erneut eine zweite Röhre am Gotthard abgelehnt.

Dennoch entschied sich der Bundesrat Ende Juni 2012 anders. Er will eine zweite Röhre bauen – gewissermassen als Baustellenumfahrung. Das ist eine Luxuslösung angesichts der Tatsache, dass ein Ersatzangebot

auf der Schiene mindestens eine Milliarde Franken günstiger zu stehen käme. Das Versprechen, den Alpenschutzartikel in der Verfassung zu respektieren und die beiden Röhren



Airolo: Noch mehr Lastwagen erträgt der Gotthard nicht.

dannzumal nur je einspurig zu befahren, ist verlogen. Auch Verkehrsministerin Doris Leuthard glaubt offenbar nicht an ihr Versprechen. In der Verkehrskommission gab sie Anfang 2012 zu Protokoll: «Wir bauen ja kaum zwei Tunnels und lassen je eine Spur leer.» Doris Leuthard sagte laut Protokoll der Verkehrskommission auch: «Verfassungskonform kann man nur eine zweite Röhre bauen und die alte behalten, wenn man beide einspurig betreibt, und das ist ein bisschen Seldwyla.» Also ein bisschen Narrenzeugs.

Der Druck der inländischen Auto- und Lastwagenlobby, die heute die zweite Röhre fordert, wird nicht kleiner werden, die beiden Tunnels vier-spurig zu nutzen. Es kommt hinzu, dass die EU aufgrund des Landverkehrsabkommens auf die freie Durchfahrt pochen könnte. So hat denn die

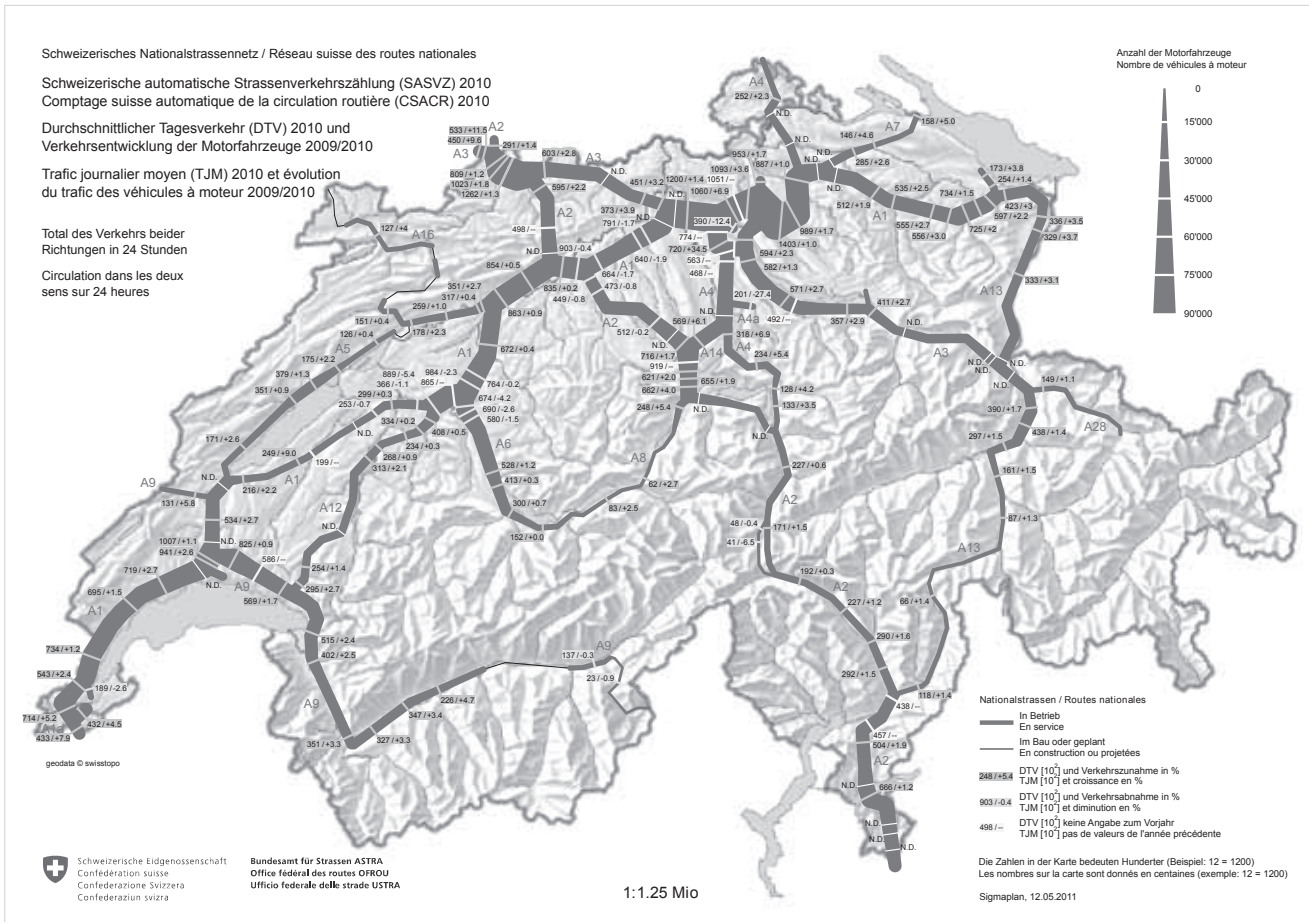
EU bereits freudig auf die Ankündigung des Bundesrats reagiert und klar gemacht, dass sie in der zweiten Röhre eine willkommene Ausweichroute sieht, sollte es anderswo Schwierigkeiten geben. Kurz: Mit einer zweiten Röhre würde die Schweiz der EU den roten Lastwagent Teppich auslegen. Und das just in dem Moment, wo das Land der Bahn am Gotthard den längsten Tunnel der Welt gebaut hat. Widersprüchlicher geht es nicht!

### Langfristige Schäden

Wer in der Verkehrspolitik kurzfristig denkt, verursacht langfristige Schäden. Die Argumente, welche der Bundesrat für den Bau einer zweiten Röhre vorgebracht hat, sind nicht stichhaltig.

**1. Sicherheit I:** Nach dem schweren Lastwagenunfall 2001 sind im Gotthardtunnel umfassende Verbesserungen vorgenommen wurden. Die Zahl der Unfälle nahm markant ab. In den letzten 10 Jahren kamen im Tunnel weniger als 10 Personen ums Leben. Im gleichen Zeitraum wurden auf Schweizer Strassen weit über 3000 Menschen getötet. Die grossen Sicherheitsprobleme bestehen also nicht im Gotthardtunnel! Die Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) sieht keinen Sicherheitsgewinn in einer zweiten Röhre. Allein bei 3 Prozent mehr Verkehr würde sich das Risiko für Unfälle auf der ganzen Transitachse sogar erhöhen.

**2. Sicherheit II:** Die schlimmsten Unfälle in Tunnels verursachen Lastwagen. Dies wegen ihrer Grösse und ihrem Brandpotenzial. Der folgenschwere Lastwagenbrand zum Beispiel im Mont-Blanc-Tunnel (38 Tote) wurde nicht durch eine Frontalkollision verursacht, sondern der Motor entzündete sich selber. Ein Lastwagenverbot im Gotthardtunnel wäre daher die effizienteste Massnahme, um das Risiko von schweren Unfällen zu vermindern! Zudem



5

Mit 17'000 Fahrzeugen pro Tag ist der Gotthardtunnel heute eine vergleichsweise schwach genutzte Strasse.

liessen sich für einen Bruchteil der Kosten einer zweiten Röhre durch die flächendeckende Einführung von Tempo-30-Zonen in Städten und Dörfern jährlich gegen 100 Todesopfer, darunter viele Kinder, verhindern.

**3. Tessin I:** Der Kanton wird während der Sanierung des Strassentunnels nicht isoliert. Dank des leistungsfähigen Bahnverlads für Lastwagen und Autos wird das Tessin auch auf der Strasse stets erreichbar sein. Der Verlad am Gotthard ist machbar, das haben alle Studien bewiesen und das sagen auch die Fachleute der BLS, die seit 50 Jahren am Lötschberg den Autoverlad betreiben. Setzt der Bundesrat auf eine zweite Strassenröhre, desavouiert er nicht nur die eigenen Fachleute, sondern auch die Schweizer Bahnen.

**4. Tessin II:** Der südliche Teil des Tessins leidet schon heute überdurchschnittlich unter der Transitlawine. Krebs- und Atemwegserkrankungen liegen hier über dem Schweizer Durchschnitt und betreffen vor allem Kinder und Betagte. Mehr Verkehr erträgt das Mendrisiotto nicht.

**5. Kosten:** Eine zweite Strassenröhre käme mindestens 1 bis 1,5 Milliar-

den Franken teurer als die Sanierung inklusive Ersatzangebot auf der Schiene. Wird am Gotthard die Luxusvariante gewählt, müssen Projekte in anderen Landesgegenden aufgeschoben oder gestrichen werden. Mit zwei Röhren würden sich zudem die jährlichen Unterhaltskosten massiv erhöhen. Auch dieses Geld würde bei anderen Autobahnabschnitten fehlen.

**6. Pannestreifen:** Der Bundesrat verspricht, auch bei zwei Röhren die vier Spuren nicht voll zu nutzen, sondern in jeder Röhre einen Pannestreifen frei zu lassen. ABER: Schon heute wird bei Morges am Genfersee auf Pannestreifen gefahren. Das Departement von Doris Leuthard will zudem in den nächsten Jahren auf über 125 Kilometern Autobahn die Pannestreifen zu Spitzenzeiten für den Verkehr freigeben. Dies unter dem Titel «Sicherstellung des Verkehrsflusses». Was das für den Gotthard bedeutet, ist leicht auszudenken: Mehr Verkehr, insbesondere mehr Lastwagen.

### Ein vergiftetes Geschenk

Die Alpen sind nachgewiesenermassen ein ökologisch hoch sensibles Gebiet. Sie verdienen deshalb einen besonderen Schutz vor dem Transit-

verkehr. Die Bahn ist und bleibt das umweltschonendere Transportmittel als die Lastwagen, deshalb gehören die Transitgüter auf die Bahn. Eine Sanierung ohne zweite Röhre kann zudem ohne Volksabstimmung sofort geplant werden. Eine zweite Röhre aber provoziert eine Abstimmung, verzögert die Sanierung und die Verantwortlichen riskieren den politischen Scherbenhaufen. Das dient weder der Sicherheit noch dem Tessin. Das dient niemandem.

Die Alpen-Initiative hatte auf den Entscheid des Bundesrats unmissverständlich reagiert. In einer Medienmitteilung hielt sie fest, dass der Bundesrat dem Tessin ein vergiftetes Geschenk machen wolle – gute Verbindung versprechen, um nachher mehr Lastwagen zu schicken. Bereits haben rund 30 Organisationen angekündigt, eine zweite Röhre mit allen demokratischen Mitteln zu bekämpfen. Falls nicht das Eidgenössische Parlament die Weichen anders stellt und auf eine zweite Röhre verzichtet, wird das Volk das letzte Wort haben. Es hat stets konsequent für die Verlagerung der Güter auf die Schiene und gegen eine zweite Strassenröhre am Gotthard gestimmt. Tricks und falsche Versprechen werden durchschaut. ■



# Grün. Stark. Initiative eingereicht!

Philippe Koch, Redaktion Bulletin | Bilder Grüne Partei Schweiz

6 Am 6. September 2012 hat die Grüne Partei der Schweiz ihre Initiative für eine grüne Wirtschaft mit 110'000 gültigen Unterschriften eingereicht. In den letzten drei Wochen vor der Einreichung wurden nochmals 25'000 Unterschriften auf der Strasse gesammelt. Ein Erfolg auf den andere Parteien mit Recht neidisch sind. Und auf den die Alternativen – die Grünen Zug und die Jungen Alternativen Zug dank ihrer grossen Präsenz auf der Strasse und den zahlreich gesammelten Unterschriften stolz sein können. Am Tag der Einreichung haben u.a. Josef Lang und Andi Lustenberger vor dem Bundeshaus zu den Grünen gesprochen. Die Referate drucken wir hier ungekürzt ab.

## Die Grüne Bewegung erstarkt

Liebe Junge Grüne, liebe Grüne

Als Co-Präsident der Jungen Grünen Schweiz und auch im Namen des Vorstandes der Jungen Grünen Schweiz möchte ich mich bei allen SammlerInnen für den unermüdlichen Einsatz bedanken. Gemeinsam haben wir es geschafft. Der Einsatz für den Schlusspurt war atemberaubend und zeigt, wie stark die Grüne Bewegung in der Schweiz ist. Eine Bewegung, die mit der Einreichung der Initiative für eine Grüne Wirtschaft verdeutlicht, dass sie über die Generationen hinweg funktioniert. Eine Bewegung, aus der die Grünen entstanden sind und eine Bewegung, die noch heute bewegt. Waren es in den 70er Jahren Leute aus der Generation meiner Eltern, die sich gegen die Zerstörung der Natur durch Strassenbauten oder gegen den Bau von Atomkraftwerken eingesetzt haben, sind es auch heute immer noch Menschen in diesem Alter, wie wir unschwer erkennen können, wenn wir hier in die Runde schauen. Zu dieser ersten Generation Grüne sind nun aber neue Generationen dazugekommen. Sozusagen Grüne 2.0 oder 3.0 oder besser ausgedrückt Junge Grüne. Junge Grüne, die gemeinsam mit den Grünen die basisch demokratische Bewegung am Leben erhalten, die sich gemeinsam gegen den Bau von Strassen und gegen den Erhalt der Atomkraft einsetzen. Unser Ziel ist klar

und war schon immer klar, wir wollen die Natur, die Schweiz, die Erde auch für zukünftige Generationen so hinterlassen, wie wir sie einst vorgefunden haben. Wir wollen nicht Ressourcen rauben, Wälder abholzen, nicht Gewässer oder Luft verschmutzen. Wir wollen so leben, dass auch in Zukunft hier noch gelebt werden kann. Ein Freund von mir hat mir einmal gesagt, sein Lebensmotto sei es, so zu leben, dass er durch sein Leben niemand anderem Steine in den Weg legt. Dieses Motto, diese Lebensweisheit sollten wir uns als moderne Gesellschaft zu Herzen nehmen.

Durch unseren, in der neoliberalen Zivilisation unökologischen Verschleiss der Ressourcen verhindern wir die Entwicklung in anderen Regionen der Welt. Ganz zu schweigen von den oftmals unmenschlichen Arbeitsbedingungen, die in den Abbau und Produktionsländern herrschen. Mit einem aktuellen globalen Fussabdruck, der mindestens dreimal so gross wie unsere Biokapazität ist, müssen wir endlich handeln und Gegensteuer leisten. Die Initiative für eine Grüne Wirtschaft tut dies und formuliert Ziele zum Schutz der Umwelt und zum Wohlergehen der Menschen. Mit der Verringerung des Ressourcenverbrauchs und mit der kompromisslosen Förderung der Kreislaufwirtschaft. Das Zustandekommen der Initiative ist ein starkes Zeichen unserer Gesellschaft. Denn ich glaube, ich spreche für viele junge Menschen wenn ich sage, wir



Andi Lustenberger: keine Ungerechtigkeiten durch unseren Lebenswandel.

wollen nicht auf Kosten anderer Menschen, Tieren, des Klimas oder der Natur leben. Wir wollen keine Ungerechtigkeiten durch unseren Lebenswandel verschulden. Wie schon die Grünen 1.0, wollen auch wir Jungen die Erde für unsere zukünftigen Generationen in einem intakten Zustand hinterlassen.

**Andi Lustenberger**  
Co-Präsident Junge Grüne



Grund zum Stolzsein: Der Beitrag aus Zug war substantiell.

### Grüne Wirtschaft in der Praxis

Die Volksinitiative «Grüne Wirtschaft» ist pragmatisch und visionär. Sie beinhaltet viele kleine und mittlere Schritte, die zusammen einen grossen Schritt ergeben. Der grosse Schritt ist die Reduktion des ökologischen Fussabdrucks der Schweiz bis 2050 auf eine Erde. Heute leben wir, als gäbe es 3.1 Planeten, auf denen sich leben lässt.

Der Fussabdruck 1 ist ein Gebot der ökologischen Gerechtigkeit. Es ist ökologisch und sozial ungerecht, wenn ein kleiner Teil der Menschheit einen grossen Teil der Ressourcen verbraucht. Die Frage des Rohstoff-Verbrauchs ist in unserem Land

noch aus einem anderen Grund besonders brisant. Die Schweiz ist ein Zentrum des globalen Rohstoffhandels. Dessen Funktionsweise fördert die Ressourcenverschwendung.

Wie pragmatisch die Initiative Grüne Wirtschaft ist, zeigen zwei konkrete Beispiele, die sich heute schon bewähren. Beim Urban Mining geht es um die Rückgewinnung von Schrott, Abfällen, Kehrtrichtschlacke und Klärschlamm-Asche. Wertvolle Baustoffe, Metalle oder seltene Elemente wie Phosphor werden nicht entsorgt, sondern wieder verwertet. Wenn die Stadt Zürich beim Urban Mining Vorreiterin ist, verdankt sie das auch der grünen Entsorgungschefin Ruth Genner.

Das andere Beispiel namens Ecosite kommt aus Genf. Ecosite ist eine Industrieanlage, bei der die einzelnen Unternehmen über ihre Stoffkreisläufe miteinander verbunden werden. Initiiert wurde es vom damaligen Regierungsrat und heutigen Vizepräsident der Grünen Schweiz: Robert Cramer. Diese Kombination von Pragmatischem und Visionärem, diese Verknüpfung von kleinen und grossen Schritten machen die Initiative «Grüne Wirtschaft» aus. Sie machen auch die Grünen aus.

**Josef Lang**  
Vizepräsident Grüne Schweiz

# Nicht GEGEN sondern FÜR

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN | Bild Paula Gisler

**8 Bertý Zeiter, Gemeinderätin und Vorsteherin der Abteilung Soziales / Familie in Baar, wurde im Herbst 2010 gewählt. Sie ist seit eineinhalb Jahren in ihrem Amt. Das BULLETIN befragte sie zu ihren Schwerpunkten und Erfahrungen. Das folgende Interview fand am 3. September 2012 statt.**

**BULLETIN:** Welches sind deine Tätigkeiten in deiner Funktion?

**Berty Zeiter:** Zum einen bin ich Vorsteherin einer Abteilung und in dieser Funktion stehe ich meinen Mitarbeitenden vor. Ihnen möchte ich in ihrer Arbeit gute Bedingungen schaffen und sie in ihrer anspruchsvollen Aufgabe stärken. Zum anderen ist da meine politische Arbeit im Gemeinderat. Gottlob sind wir zwei Frauen, nebst fünf Männern. Da ich als einzige Linke politisch gesehen in der Minderheit bin, muss ich schauen, wie ich meine Positionen und Haltungen möglichst gut einbringen kann. Wenn ich nicht will, dass es bei Abstimmungen einfach 1:6 steht, darf ich mich nicht prinzipiell auf Fundamentalpolitik festlegen, sondern muss andere Wege beschreiten. Um meine Ziele bestmöglich zu erreichen, muss ich also konstruktiv und realitätsnah handeln.

**BULLETIN:** Ist das eine Erkenntnis, die du in deiner Arbeit als Exekutivpolitikerin gemacht hast?

**Berty Zeiter:** Ja genau. Als Exekutivpolitikerin muss ich mich von dogmatischen Haltungen entfernen. Gleichzeitig möchte ich aber von meinen grundlegenden Einstellungen nicht abrücken. Meine Grundhaltung in der Zusammenarbeit im Gemeinderat ist, dass ich jedem zubillige, dass er oder sie ebenfalls das Beste für Baar erreichen will. Ich will nicht einfach GEGEN jemanden kämpfen, sondern mich FÜR das einsetzen, was mir wichtig ist. Bei Diskussionen will ich herausfinden, wieso mein Gegenüber das so sieht. Dann bringe ich meine Argumente als Ergänzung. Ich darf sagen, dass der Gemeinderat konstruktiv zusammenarbeitet. Ich werde trotz meiner Einzelrolle als Linke nicht in

eine Schublade gesteckt. Doch soziale Anliegen haben es nun mal nicht sehr einfach und manchmal beschäftigt es mich, dass ich bei der Umsetzung wichtiger sozialer Themen auf den Goodwill der anderen angewiesen bin. Als Legislativpolitikerin hatte ich dagegen gelernt, eine klare parteipolitische Sichtweise zu vertreten. Da war ich viel weniger kompromissbereit, weil ich die Parteiloyalität nicht verwässern wollte.

**BULLETIN:** Wie lernt man Gemeinderätin?

**Berty Zeiter:** Bevor ich Gemeinderätin wurde, habe ich 12 Jahre das Sekretariat einer Sozialabteilung geleitet. Ich war die Dienstälteste, habe überall hineingesehen und hatte grossen informellen Einfluss. Das war operative Arbeit. Ich bin nun immer noch am Lernen, was alles zu meiner strategischen Arbeit als Gemeinderätin gehört. Als ich gewählt wurde, habe ich vor Amtsantritt den Gemeinderat gebeten, dass ich eine Ausbildung als Führungsperson machen kann. Man war überrascht, weil offensichtlich noch nie jemand mit einem solchen Anliegen gekommen war. In dieser Führungsausbildung habe ich mich stark mit dem Zusammenhang von Führung und Intuition beschäftigt. Landläufig herrscht ja die Meinung, je mehr Erfahrung wir haben, desto eher gelingt es uns, die Erfahrung umzusetzen und damit die Zukunft zu planen. Die sogenannte «Theorie U» geht vom Umgekehrten aus: Anstatt sich nach hinten zu orientieren, will sie, dass man dank neu entwickelten Wahrnehmungsformen Bekanntes loslässt und so Raum für Neues schafft. Dieser Ansatz heisst «Von der Zukunft her führen» und hat mich extrem beein-

druckt. Es erfordert eine andere Form der Präsenz und die absolute Bereitschaft, auf Neues einzugehen und umzusetzen.

**BULLETIN:** Welches waren/sind deine Hauptthemen in deiner bisherigen Legislaturzeit?

**Berty Zeiter:** Erstens ist es die Übergabe der vormundschaftlichen Aufgaben von der Gemeinde an die neue Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde des Kantons Zug auf Anfang 2013. Es ist mir ein grosses Anliegen, dass der Übergang für die betreuten Personen und unsere Mitarbeitenden gut verläuft. Zweitens ist es die Umsetzung des Alterskonzepts, beziehungsweise die demographische Entwicklung überhaupt, die mich stark beschäftigt. Die Anzahl der über 65jährigen wird sich in der Schweiz bis ins Jahr 2035 fast verdoppeln. Das hat grossen Einfluss auf meine Arbeit. Damit meine ich die Pflegeheim- und Pflegeplatzplanung, den Aufbau von Betreutem Wohnen und von ambulanten Pflegeserviceleistungen und schliesslich auch das Suchen nach neuen Modellen von generationenübergreifendem Wohnen.

Ich leite im Auftrag der Sozialvorsteherkonferenz eine Arbeitsgruppe, in der Änderungen im Spitalgesetz auf Gemeindeebene umgesetzt werden müssen. Diese Aufgabe fordert mich stark, weil das Gesundheitswesen sehr komplex ist und weil 11 Gemeinden zusammenarbeiten müssen, die verschiedene Hintergründe und finanzielle Möglichkeiten haben. Es betrifft vor allem die spezialisierte Langzeitpflege sowie die Akut- und Übergangspflege. Was der Kanton bisher in diesem Bereich zahlte, geht nun an die Gemeinden über, sie müssen sich zusammenschliessen und die Umsetzung gemeinsam angehen. Durch meine Rolle kann ich Einfluss nehmen, habe aber auch die Verantwortung, dass wir nichts Wesentliches übersehen und vernachlässigen.

Ich habe Freude an dieser Aufgabe,



wie auch an der ganzen Gemeinderats-tätigkeit. Hier kann ich meine Führungseigenschaften einbringen. Ich konnte es mir lange nicht eingestehen, dass ich Führungsqualitäten habe. Doch mein Leben hat mich an diesen Punkt geführt. Ich habe nie verbissen etwas verfolgt oder zu errei-

nen Sonntagvormittag als Kommuniohelferin im Kantonsspital im Einsatz. Ich war über lange Jahre auch im Pfarreirat. Der Auslöser für meine politische Arbeit war mein Engagement in einer kirchlichen Bewegung, die sich «Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung» nannte.

Engagement nach sich zieht, habe ich mich ganz bewusst für die Alternative – die Grünen entschieden, da ihre Themen am nächsten bei meinen christlichen Werten liegen. Ich möchte in meiner politischen Arbeit ein Gegengewicht zu neo-liberalen und -konservativen Tendenzen bilden.



Ich möchte in meiner politischen Arbeit ein Gegengewicht zu neo-liberalen und -konservativen Tendenzen bilden.

chen versucht. Auch diese Funktion als Gemeinderätin nicht. Natürlich freue ich mich nun über die Chance, ein solch verantwortungsvolles Amt ausüben zu können, und mache diese Arbeit sehr gerne.

**BULLETIN:** Worin gründet dein politisches Engagement?

**Berty Zeiter:** Neben meinem Engagement in der Politik habe ich mich auch immer in der Kirche engagiert. Ich bin seit einigen Jahren Lektorin und stehe ungefähr alle 6 Wochen ei-

Da bin ich irgendwann an den Punkt gekommen, wo ich gemerkt habe, dass es zuwenig ist, wenn nur in der Kirche etwas gemacht wird, es braucht auch die politische Arbeit. Schon als Katechetin war mir die Aussage «Gott hat nur unsere Hände um seine Arbeit zu tun» zentral. Ich habe mich in Baar schon immer engagiert und wo möglich immer für die Ökumene. Das hat mir vermutlich auch meine Bekanntheit gebracht. Als ich realisierte, dass die Arbeit in der Kirche für mich ein politisches

**BULLETIN:** Bist du nach wie vor in der Kirche engagiert?

**Berty Zeiter:** Ja, und gerade mein Einsatz im Spital ist für mich sehr bedeutsam. Die Begleitung von kranken Menschen und die Konfrontation mit dem Sterben bringen mir sehr viel, da es immer wieder meine Sicht dessen, was im Leben wirklich wichtig ist, zurechtrückt.

**BULLETIN:** Vielen Dank für das spannende Gespräch und weiterhin alles Gute in deinem Amt. ■

# Erste Mobilmachung missglückt

Martin Stuber, Kantonsrat Zug | Illustration Bulletin

10

**Der Schock sass tief bei einigen Bürgerlichen – dank etwas Proporzglück und der wilden Kandidatur von ex-CVP Stadträtin Sidler Weiss gab's im Herbst 2010 zum ersten Mal in der Geschichte eine rosagrünviolette Mehrheit im Zuger Stadtrat – und den SP-Stapi obendrauf, mit einem Glanzresultat bestätigt. Nun hat ein Teil der Rechts- bis ganz Rechtsbürgerlichen zur Mobilmachung geblasen und BS14! gegründet. Die erste Hauptprobe ist gründlich in die Hose gegangen.**

So recht vom Fleck kommen sie nicht mit ihrem Klub – trotz zweimaligem Flyer in alle (!) Stadtzuger Haushaltungen zählte «BS14!» bei Redaktionsschluss nur gerade 50 Mitglieder. Nach dem 2. Flyer sind vier Neue hinzugekommen. BS steht übrigens nicht für eine neue Form von Rinderwahnsinn, sondern für «Bürgerlicher Stadtrat».

## Simple Programm

Das Programm ist simpel – Zug soll wieder einen bürgerlichen Stadtrat bekommen – sprich: wieder eine bürgerliche Mehrheit. Das Problem dabei: niemand will den alten, ziemlich handlungsunfähigen Stadtrat zurück. So meinte ein prominenter CVP-Politiker auf meine Frage, welcher Stadtrat denn besser gewesen sei, der aktuelle oder der vorherige: nun, das dürfe man nicht so anschauen, ja, da hätte es schon Personalprobleme gegeben. Die CVP wolle halt wieder einen Stadtratssitz.

Eben weil es so offensichtlich ist, dass der jetzige Stadtrat ganz passabel regiert, hat sich ein Teil des harten rechtsbürgerlichen Kerns von BS14! darauf verlegt, dem Stadtrat so viele Steine wie nur möglich in den Weg zu legen, um dann sagen zu können: seht ihr, die bringen nichts zustande.

Dementsprechend peinlich sind denn auch die Vorwürfe an den Stadtrat – sie lassen sich auf der Webseite von BS14! nachlesen. Entweder betreffen sie Punkte, welche in der Kompetenz des Kantons sind (mit satter bürgerlicher Mehrheit...), in der Kompetenz der beiden bürgerlichen Stadträte liegen oder auf den alten Stadtrat zurückgehen. Und einer ist schlicht erfunden.



Realsatire: das auf dem BS14! Prospekt gewählte Foto suggeriert ein idyllisches Zug, wie es wegen der Politik der superbürgerlichen Promotoren längst der Vergangenheit angehört.

## Hauptprobe Gubelstrasse 22

Das wissen Bollmann, Kleeb, Granzio und Co. natürlich auch, und so haben sie den Kauf der Gubelstrasse 22 genutzt, um mit einer verlogenen und demagogischen Angstkampagne diese einmalige Chance für die Stadt zunichte zu machen. Es ist ihnen trotz beträchtlichem finanziellem Einsatz nicht gelungen – mit 56 Prozent Ja hat der Stadtzuger Souverän zugestimmt. Noch herrschen nämlich keine US-amerikanischen Verhältnisse in der Stadt – obwohl das der in einer US-PR-Agentur gestählte Ulrich Bollmann sicher gerne möchte.

Und die Leute hier sehen, wohin die Politik des ausgehungerten, schwachen Staates, in dem nur das Militär «floriert», die U.S.A. geführt haben. Dass die v.a. freisinnigen Rechtsausleger das hier gerne kopieren möchten, was die Republikaner (und leider viel zu oft auch die Demokraten) durchgesetzt haben, wurde beim Kauf der Gubelstrasse 22 deutlich. Und dass dabei das eigene Parteiprogramm ad absurdum geführt wird, stört diese Herren

nicht, denn double und triple Standards gehörten bei dieser Garde zur Tagesordnung. So kam FDP-Bollmann am Podiumsgespräch im Casino gewaltig ins Schleudern, als er erklären sollte, wie das Nein zum Kauf der Gubelstrasse denn in Einklang zu bringen ist mit der freisinnigen Parteiprogramm-Forderung nach einer Zentralisierung der Verwaltung.

## So rechts wie möglich

In die Quere kommt dem Versuch einer geeinten bürgerlichen Front unter der Fuchtel des harten Rechtsbürgerturns aber nicht nur die solide Arbeit des jetzigen Stadtrates und die Tatsache, dass das politische Koordinatensystem eben doch nicht so weit rechts ist, sondern auch personelle Interessen. So ist es kein Geheimnis, dass bei den Hardlinern innerhalb der FDP Stadtrat Romer als «Betriebsunfall» betrachtet wird (er ist nach dem Rücktritt von Ulrich Straub nachgerutscht und dann als Bisheriger wieder gewählt worden), der zu unabhängig und liberal politisiert. Die bösartig inszenierte Opposition gegen den Kauf des L&G-Gebäudes richtete sich auch gegen ihn.

Deutlich heisst es auf der Webseite, was oberstes Ziel sei, «nämlich die Motivierung geeigneter Persönlichkeiten, die sich für eine Stadtratskandidatur zur Verfügung stellen. Solchen sichern wir eine klare Unterstützung zu.» Und weiter: «Was wir nicht wollen! Wir konkurrenzieren keine bestehenden bürgerlichen Parteien.» Im Klartext: Aber wir möchten bestimmen, wen sie aufstellen. Immerhin schafft BS14! Transparenz. Ein Blick in die Mitgliederliste wirft die Frage auf, ob sich die eine oder der andere bewusst sind, vor welchen Karren sie hier gespannt werden sollen. Denn ein Trittbrett für die Ambitionen des mehrfach gescheiterten Andreas Kleeb oder ein Sprachrohr für frustrierte Altzuger wie Hans Wickart möchten ja wahrscheinlich nicht alle auf der Liste sein... ■

# Verschlimmderung

Urs E. Meier, Gemeinderat Zug | Foto Paula Gisler

**Was erwarten wir eigentlich von unserem Casino? Theater und Konzerte unter adäquaten akustischen Bedingungen? Oder vor allem die Festhütte mit viel Raum für Apéros und Häppchen? Und rentieren soll's auch noch? Die Fragen sind zugebenermassen nicht leicht zu beantworten.**

Die Weichen wurden schon früh falsch gestellt. Insbesondere die im Gastrokonzept vom August 2009 formulierten, überrissenen und geradezu naiv euphorischen Vorstellungen über den Stellenwert des Casinos in der Zuger Gastronomie-Szene führten auf den Holzweg. So hiess es da z.B.: «Das Restaurant soll der Treffpunkt der Stadt Zug werden.» Mit entsprechendem Angebot und Platzbedarf. Schon anlässlich der Vorlage zum Umbau des Restaurants im September 2009 habe ich mich im GGR vehement zur Wehr gesetzt und dafür sorgen können, dass zumindest das Allerschlimmste verhindert wurde.

## Missglückter Umbau

Ob sich der Umbau in der jetzigen Form gelohnt hat, bezweifle nicht nur ich. Das Ding ist trotz zwingendem Veränderungs- und Gestaltungsdrang und dem Einsatz sehr aufwändiger und entsprechend teurer Materialien unterkühlt und ungemütlich geworden. Mangels Nachfrage sind die Öffnungszeiten am Morgen denn auch bereits wieder reduziert worden. Die millionenteure Übung hat sich nur soweit gelohnt, als sie die Küche, den Saalboden und den Lift betrifft.

Das nun aktuelle Projekt wurde bereits im Juli 2011 als äusserst fragwürdig bezeichnet. Die neu geplanten Erweiterungsbauten Foyererweiterung, Foyerbar Süd und Bankettsaal musste ich aus architektonischer Sicht als verfehlt und in ihrer geschmäckerischen Formensprache ablehnen.

## Kein Gehör für Kritik

Im September 2011 fand eine Besichtigung mit Orientierung an Ort statt. Vorgelegt wurde uns genau das

Gleiche. Anwesend waren nebst den üblichen Akteuren auch die Architekten, der Steueraussschuss Casino sowie der Präsident der Stadtbildkommission.

Der Steueraussschuss betonte den dringenden Ruf nach mehr Fläche und mehr Möglichkeiten für die Betreiber, die Architekten lobten sich in gewohnter Manier selber und der SBK-Präsident bezeichnete die Sache als gelungen. Die Denkmalpflege unterstützte die Sache ebenfalls, hiess es.

Ich wiederholte meine grundsätzlichen Vorbehalte und kritisierte die anwesenden Architekten deutlich. Erfolglos, wie die nun fast unveränderte Vorlage zeigt. Einzig der im Süden aufgepfropfte Bankettsaal wurde zwecks Kostenreduktion weggelassen.

## Foyer bliebe eng

Es stimmt, im Foyer wird es bei grossem Andrang ziemlich eng und mehr Platz wäre wünschbar. Doch genau dies bringt die Vorlage kaum. Anstelle von mehr Fläche auf einer Ebene ist eine schmale, mittels 5 Stufen abgetreppte, kaum nutzbare Erweiterung Richtung See geplant. Die Flächenvergrösserung dient vor allem der m<sup>2</sup>-Statistik. Sie dient letzten Endes vor allem als Zugang zur südlich davon geplanten Foyer-Bar, welche schlussendlich über eine weitere Absenkung via abgewinkelte Rampe

zu erreichen wäre. Ein «Geschnurpf» sondergleichen und erst noch ohne jede Sichtverbindung zum bestehenden Foyer. Zu allem Übel würde auch das gelungene heutige Ensemble von Alt und Neu massiv beeinträchtigt und durch fragwürdige, neue Gestaltungselemente entstellt.

Die negativen Auswirkungen auf das Seebad Seeliken haben bei den Betroffenen zu Recht zu einem Aufschrei geführt. Da hilft die dann plötzlich aufgetauchte, aus Sicher-

11



Badi Seeliken beim Casino - das Bijou soll so bleiben – links im Bild der Bereich, welcher der Foyererweiterung weichen müsste.

heitsgründen offenbar ohnehin notwendige Erweiterung der Baderoste Richtung See auch nicht wirklich weiter.

Dasämtliche notwendigen Sanierungsmassnahmen unbestritten sind, begrüssen wir die Aufteilung in zwei Abstimmungsvorlagen und sind nur für die Sanierung. Die Abstimmung ist am 25.11.2012.

P.S.: Unser Antrag zur Kürzung des Kredits für die Sanierung um 800'000 Fr. fand Zustimmung. 200'000 Fr. anstelle der zusätzlich verlangten 1 Mio. für die Sanierung der Westfassade des Foyers genügen ohne jeden Abstrich an Qualität und Umfang. Grün gespart! ■

# CVP und FDP zwängeln wieder

Anna Lustenberger, Präsidentin Alternative – die Grünen Baar

12

«Mit dem Nein zur Majorz-Zwängerei ist nun – hoffentlich für lange Zeit – sichergestellt, dass auch weiterhin kleinere politische Gruppierungen, Frauen ohne finanzielle Lobby im Rücken, jüngere Erwachsene und Neuzugezogene eine reelle Chance auf ein Exekutiv-Amt haben.»

Diese Sätze sind ein Teil der Medienmitteilungen, anlässlich der Majorzabstimmung vom 10. Juni 2001. Bereits das zweite Mal hatte die Zuger Bevölkerung damals den Majorz, offenbar das Lieblingskind von CVP und FDP, verworfen – das erste Mal am 28. September 1997. Die gewünschte Ruhe zu diesem Thema ist seither nie eingeleitet. Im Herbst 2006 wurde das Wahl- und Abstimmungsgesetz total revidiert. Der Kanton Zug wechselte vom Listen zum Nationalratsproporz – gegen den Willen der linken Parteien. Ebenfalls forderten die Linken die Einführung eines gerechten Zählsystems, sie schlugen den Doppelten Pukelsheim vor, erfolglos. Am 7. März 2010 stimmten die BürgerInnen über ein Referendum zum Listenverbindungsverbot ab, ebenfalls von den bürgerlichen Parteien gefordert. Dabei gehören Listenverbindungen zum Nationalratsproporz – CVP und FDP haben keine Hemmungen Listenverbindungen einzugehen, wenn es ihnen nützt (siehe die letzten Nationalratswahlen). Auch eine Motion der Alternativen – die Grünen und der SP, die den Wechsel zum Doppelten Pukelsheim verlangte, hatte im Parlament keine Chance. Uns Linken ist ein gerechtes Wahlsystem wichtig, denn alle Menschen im Kanton Zug sollen sich in der Legislative und der Exekutive von Kanton und Gemeinden vertreten fühlen.

## Klarer Entscheid des Bundesgerichts

Endlich bekommen wir Recht. Im Januar 2011 heisst das Bundesgericht die Beschwerde gegen das Wahlverfahren für den Kantonsrat gut. Das jetzige Wahlverfahren ge-

nügt den Anforderungen des Proporz nicht; es schliesst grosse Minderheiten in den kleinen Wahlkreisen aus und verstösst gegen die Rechtsgleichheit. Die Regierung schlägt nun dem Parlament den Doppelten Pukelsheim vor, den wir bereits zweimal gefordert hatten. Das hätte man auch früher und billiger haben können – ohne Gang vor Bundesgericht. Die Kommissionsbestellung für diese Wahlgesetzänderung ist erfolgt. Es eilt, denn bis zu den Wahlen im Herbst 2014 muss ein bundesrechtskonformes Wahlrecht beschlossen sein.

Gleichzeitig, obwohl zwei verschiedene Geschäfte, möchte man die Zwängerei-Initiative, die Einführung des Majorzes für Exekutivbehörden, schnellst möglich durch den Kantonsrat peitschen. CVP und FDP kleben an der Macht und wollen sie auf Jahrzehnte hinaus für sich pachten.

## Haarsträubende Gründe

Immer wieder wird von «Persönlichkeitswahlen» gesprochen, es würden nur qualifizierte Persönlichkeiten gewählt – war dies bis jetzt anders? Mit dem Wechsel zum Majorz werde sichergestellt, dass die Exekutive auch in Zukunft den Kanton und die Gemeinden gemeinsam statt gegeneinander voran bringe. Wenn dies bereits jetzt schon so war – warum braucht es eine Änderung? Das Majorzverfahren erleichtere das Wählen. Haben die Wählerinnen und Wähler der CVP und FDP Mühe mit unserem Wahlsystem? Der Zuger Souverän hat in den letzten Jahrzehnten im Proporzverfahren fähige Regierungsrätinnen und Regierungsräte, kompetente Gemeinderätinnen und Gemeinderäte gewählt.

Es ist inakzeptabel, dass der Regierungsrat diese dritte Zwängerei unterstützt – trotz zweimaligem Nein der Bevölkerung.

## Bewährten Proporz beibehalten

Die Einführung von Majorzwahlen würde den Bestrebungen der laufenden Revision zuwiderlaufen. Die politische Vielfalt unserer Bevölkerung soll sich im Regierungsrat und in den Gemeinderäten widerspiegeln. Die Mitsprache aller politischen Kräfte – von der SVP bis zu SP und Grünen – führt zu besten Lösungen. Sie sind jedenfalls besser als der angestrebte Einheitsbrei von CVP und FDP. Der Majorz ist teurer, weil bei jedem Rücktritt eine Nachwahl stattfinden müsste. Die Stabilität unserer Exekutivbehörden würde jedes Mal durchgeschüttelt. Das Proporzverfahren ist im Kanton Zug eine bewährte Tradition. Warum wollen dies CVP und FDP nicht wahrhaben? Es gibt nur ein Fazit: die Initiative ist eine Zwängerei! ■

# Zum Wohle unserer Kleinsten

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin Alternative – die Grünen Zug | Bild Tagesheime Zug

**Vor elf Jahren forderten alle Frauen im Kantonsrat ein Kinderbetreuungsgesetz. Statistiken belegen, dass die meisten Eltern erwerbstätig sind. Staat und Wirtschaft haben ein grosses Interesse an diesen Arbeitskräften. Trotzdem tun sich immer noch Parlamentarier und neu auch Parlamentarierinnen schwer damit, dass bei der Kinderbetreuung auch der Staat in der Pflicht steht. Dank geeinten Kräften verfügt auch der Kanton Zug weiterhin über ein Kinderbetreuungsgesetz.**

Vor gut elf Jahren reichte ich zusammen mit 19 Kantonsrätinnen eine Motion mit einem ausformulierten Gesetzesvorschlag zur Unterstützung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten familienergänzenden Angebots für Kinderbetreuung ein.

Dieses Anliegen wurde damals von allen Frauen im Kantonsrat mitgetragen – unabhängig der Parteizugehörigkeit:

Von der FDP Antoinette Barmettler-Huber, Andrea Hodel, Dorly Heimgartner†, Regula Töndury und Vreni Sidler; von der SVP Sophie Stuber; von der SP Diana Stadelmann Stützi, Jeanette Bruckbach, Trudy Fux und Käthi Hofer Buser; von den Alternativ-Grünen Anna Lustenberger-Seitz, Ruth Wyss, Yvonne Furler Studer, Erica

Albisser-Iten Rosemarie Fährndrich Burger, Anne Ithen und Manuela Weichelt; schliesslich von der CVP Vreni Wicky, Beatrice Gaier und Ursula Baggenstoss.

## Ausbau der Kinderbetreuung

Es dauerte vier Jahre, bis der Regierungsrat das Gesetz dem Kantonsrat vorlegte. Von einem bedarfsgerechten Angebot bis zu tragbaren Kosten wie dies in der Motion gefordert wurde, war darin nichts mehr enthalten. Der Kantonsrat verabschiedete 2005 ein zahnloses Gesetz und befristete es auch noch auf sechs Jahre. Im Kanton Zug konnte die Anzahl

der Kinderbetreuungs-Angebote – nicht zuletzt auch dank der Anstossfinanzierung des Bundes – erhöht werden. Heute profitieren über 1'300 Kinder von einem Krippenplatz, mehr als 2'200 besuchen einen Mittagstisch und mehr als 1'700 die



Gemeinsam den Wald erkunden – auch das ist Kinderbetreuung.

Randzeitenbetreuung. Über 680 Kinder dürfen eine Tagesschule besuchen. Private Angebote ohne gemeindliche finanzielle Unterstützung haben wir vermutlich ausreichend. Nach wie vor fehlen aber zahlreiche subventionierte Plätze in Kinderkrippen und öffentlichen Tagesschulen.

## Wertvolle frühkindliche Bildung

Wir wissen, dass sich frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung lohnen, wenn sie von guter Qualität sind. Sie wirken sich positiv auf die kognitive und soziale Entwicklung, den Schulerfolg und die Chancengleichheit von Kindern aus.

Der Regierungsrat liess das Kinderbetreuungsgesetz analysieren und kam zum Schluss, dass sich das Gesetz bewährt und eine positive Wirkung auf die Qualität der Angebote sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie hat. Die Gemeinden, Eltern sowie die Einrichtungen sind mit dem Gesetz zufrieden und wünschen ausdrücklich die Weiterführung. Der Regierungsrat stellte dem Kantonsrat den entsprechenden Antrag.

## Auf Messers Schneide

Umso erstaunlicher war es dann, dass die vorberatende Kommission in diesem Frühling zwar beschloss auf das Gesetz einzutreten, dann aber in der Schlussabstimmung diskussionslos die Ablehnung empfahl.

Im Kantonsrat stand die Kinderbetreuung auf Messers Schneide. Am Tag vor der Sitzung war in der Zeitung zu lesen, dass ein kantonales Hundegesetz gewünscht wird. Es soll nicht 11 verschiedene Hundereglemente im Kanton geben. Das ist nachvollziehbar. Aber was ist mit unseren Kindern? Soll hier jede Gemeinde mit einem eigenen Reglement

vor die Gemeindeversammlung? Sollen wir wirklich 11 verschiedene Regelungen bezüglich Aufsicht, Betriebsbewilligung, Qualitätsanforderungen etc. kreieren?

Dank riesigem Einsatz von zahlreichen Einzelpersonen und Gemeindegliedern hat der Kantonsrat Ende August unerwartet doch noch beschlossen, dass der Kanton Zug auch weiterhin ein Kinderbetreuungsgesetz braucht. Das Aufatmen im Kantonsratssaal war spür- und hörbar. Herzlichen Dank allen, die sich zum Wohle unserer Jüngsten eingesetzt haben. ■

# Justice now!

Jonas Feldmann, Redaktor  
BULLETIN | Bilder Paula  
Gisler

14

Am Mittwoch, 11. Juli, demonstrierten rund 300 Personen in Zug für mehr Solidarität mit den Opfern der Zuger Rohstoffmultis Xstrata und Glencore. Rund zwei Monate später, am 7. September, fand im Casino in Zug die Generalversammlung der Xstrata statt. Auch diesen Anlass nutzen wir, um gegen die menschenverachtenden Praktiken des Bergbaumultis zu protestieren.

Bei beiden Demonstrationen forderten wir von den beiden Zuger Multis die Einhaltung der Menschenrechte überall auf der Welt, mehr Respekt gegenüber Natur und Umwelt, die Aufhebung der Steuerprivilegien für die Rohstoffmultis und ein Recht ohne Grenzen, für eine gerechtere Welt! Wir forderten Menschenwürde und Gerechtigkeit für die Minenarbeiter: Justice now! ■

## Zensur durch die Zuger Polizei?

Die Zuger Polizei hat am 27. August die Bewilligung für die Mahnwache zur Generalversammlung der Xstrata erteilt. So weit, so gut. Irritierend ist jedoch, dass die Zuger Polizei als Auflage formuliert: «Sofern Flyer verteilt werden, ist ein Flyerexemplar bis spätestens Freitag 31. August 2012 dem Polizeiamt [...] zuzustellen.» Diese Auflage ist rechtswidrig. Denn es ist nicht Sache der Behörde, die an einer Kundgebung vermittelten Aussagen zu bewerten. Ausser man möchte Zensur wieder salonfähig machen...





# Pecunia non olet

Josef Lang, Vizepräsident Grüne Partei Schweiz

16

**Am 4. Juli fand im Siebchsaal die Veranstaltung «Fifa – die schmutzigen Geschäfte mit dem Weltfussball» statt. Referiert und diskutiert haben dabei Thomas Kistner (Redaktor der Süddeutschen Zeitung und Autor des Buchs «Fifa Mafia»), Roland Büchel (Nationalrat der SVP und ehemaliger Angestellter der ISL Zug und der Fifa Marketing AG), Virginia Köpfler (Kopräsidentin der JUSO Zug) und Josef Lang (Vizepräsident der Grünen Partei Schweiz). Das Referat von Jo Lang drucken wir auf den folgenden Seiten ungekürzt ab.**

Im Juni 2011 veröffentlichte das Bundesamt für Polizei, die fedpol, ihren «Jahresbericht 2010 zur Kriminalitätsbekämpfung Bund». Das auffälligste in der reich illustrierten Schrift war ein grosser Ball, der laut Legende im katarischen Doha aufgestellt worden war. Im üblichen Kapitel Korruption stellte das fedpol den Sport, insbesondere die Fifa, in den Mittelpunkt.

Am 19. November 2011 erschien in der Neuen Zürcher Zeitung ein auf der Titelseite angerissener Grossbeitrag, in dem ein ehemaliger Fifa-Direktor wärmstens zur Wahl in den Bundesrat empfohlen wird. Der Chef der Fifa-Rechtsabteilung aus der Mastercard-Visa-Zeit als Justiz- oder Sportminister? Als Vorkämpfer gegen die Sport-Korruption? Als Schöpfer neuer Gesetze, die die Fifa aus dem Land treiben könnten? Mindestens so befremdlich wie diese Vorstellung war der Artikel selber: Ein Superlativ jagt den anderen, eine Lobhudelei übertrifft die nächste. So gut wie der Gefeierte politisieren soll, so gut hat die «Roja» nicht einmal am letzten Sonntag gespielt. Bezeichnenderweise fehlte in der Hofberichterstattung jeglicher Hinweis auf die Fifa-Vergangenheit des Gelobhudelten.

#### «Star-Alliance»

Noch befremdlicher aber war der Aufruf und die Zusammensetzung der bürgerlich-linken «Star-Alliance», wie sie im Artikel genannt wurde. War den beiden Sekundanten (NR Gerhard Pfister, Stapi Dölfli Müller) bewusst, dass das Advokatur-Büro

des Initianten (SR Rolf Schweiger) mit Ricardo Teixeira einen der korruptesten Fifa-Köpfe vertrat? Angesichts der dynamischen Rolle der Beschuldigten und ihrer Anwälte im ISL-Verfahren, wo es um die dynamische Summe von 140'785'618 Franken und 93 Rappen Schmiergeld geht, erschien der auf der rechten Zeitungsseite hervorgehobene Satz besonders sinnig: «In Zug herrscht eine andere Dynamik – diese wäre auch für Bern wichtig.»

#### Fifa-Sprachregelung

Zwei Tage, nachdem ich den Mitgliedern des Bundesparlaments eine Gegenempfehlung zum Aufruf der drei Politiker versendet hatte, erschien in der Neuen Zürcher Zeitung am 27. November ein weiterer grösserer Artikel. Unter dem Titel «Behauptungen sind absurd» steht ein Text, in dem keine einzige Behauptung konkret erwähnt wird. Aber der Autor insinuiert subtil und systematisch, ich würde Heinz Tännler Korruption vorwerfen. Auch die indirekt zitierten Reaktionen der Zuger SVP-Mitglieder, beispielsweise der Vorwurf der «Ehrverletzung», machen nur unter dieser Annahme Sinn. Allein: Ich habe Tännler nie Korruption unterstellt. Dieser Vorwurf wird konstruiert, um nicht über die Risiken und Probleme schreiben zu müssen, welche ein ehemaliger Fifa-Direktor als Bundesrat, insbesondere als Justiz- oder Sportminister, bedeuten könnte.

Wer unkritisch ist, ist in der Regel auch uninformiert. So passiert dem

Autor der Lapsus, dass er zur politischen Entlastung von Heinz Tännler ein Zitat bringt, welches das Gegenteil bewirkt: «Wir dürfen aber nicht vergessen, dass weder die Fifa noch Vertreter von ihr je verurteilt worden sind. Es wird nur immer behauptet, den Beweis hat niemand erbracht.» Thomas Kistner qualifizierte den Satz drei Tage später in der Süddeutschen als «feinste Fifa-Sprachregelung». Mit ihm stellte Tännler jene gegenwärtige Nähe zur Fifa her, die von den Vertretern seiner Kandidatur als vergangene verdrängt wurde. Die Antwort auf den ersten Satz gibt der eingangs erwähnte fedpol-Bericht. «Die Gesetzesbestimmungen über Privatbestechung sind für Sportverbände nicht anwendbar, da diese grundsätzlich nicht in einem wirtschaftlichen Wettbewerbsverhältnis stehen.» Zum zweiten Satz schrieb Kistner: Diese Aussage «insinuiert, es gäbe nichts Handfestes. Dabei wurden hohe Fifa-Leute namentlich im Prozess um die frühere Schmiergeldagentur ISL als Empfänger geoutet.» Im Buch wird die Frage auf Seite 281 abgehandelt.

#### Absturz

Die mediale Kampagne für die inzwischen offizielle Zuger Bundesrats-Kandidatur erfuhr weitere Höhepunkte am 30. November und am 2. Dezember, nachdem Tännler von Bruno Zuppiger in der SVP-Fraktion nur relativ knapp geschlagen worden war. Plötzlich – ab dem 8. Dezember, als Tännler in der SVP-Fraktion völlig abstürzte – war die Bun-





ob es da hinauf- oder hinunter geht. Ich frage mich heute noch, was sich Rolf Schweiger überlegt hat, als er den Zuger Stadtpräsidenten und den einzigen wieder gewählten Nationalrat in sein Anwalts-Büro bestellte. Er muss doch gewusst haben, dass die Verbindung seiner Advokatur zu Teixeira zum öffentlichen Thema wird. Zudem war bekannt, dass ihm die Fifa-Anliegen im Bundes-

haus wichtig waren. Es war schon damals ein offenes Geheimnis, dass er mitgeholfen hat, den im Nationalrat erfolgreichen Anti-Korruptions-Vorstoss von Roland Büchel im Ständerat wenn nicht aus- so doch abzubremesen. Im Kampf gegen die Sport-Korruption wie auch schon früher in dem gegen ein griffiges Geldwäscherei-Gesetz waren im Bundeshaus Zuger Bremsen wirksamer als Zuger Dynamik.

Was die beiden Mitunterzeichnenden betrifft, möchte ich nur ein Bild aufnehmen, das hervorragend zum Buch von Thomas Kistner passt. In einem Leserbrief mit dem Titel «Kandidat Heinz Tännler: Eine Chance für Zug» schrieb Gerhard Pfister: «Wenn Jo Lang nun allen in Bern mitteilt, Heinz Tännler sei unwählbar, weil er in einer Firma gear-

beitet hat, deren Exponenten sich Fehler leisteten, ist das Sippenhaft pur». Noch interessanter als das Wort «Fehler» für Schmiergeldzahlungen in der Höhe von gut 140 Millionen Franken ist der Begriff «Sippenhaft». «Sippenhaft» hat mit Familie zu tun. Fifa-Familie ist ein Grundmotiv im Buch «Fifa Mafia». Kistner entlehnte es Sepp Blatter, um die Funktionsweise des «Patens» und seiner Familie darzustellen und mit einer anderen Familie zu analogisieren.

#### **Globale Verantwortung oder Provinzialismus**

Ich komme zum Schluss: Warum ist die Sensibilität für die Fifa-Korruption sowohl in der hiesigen Medien- als auch in der Polit-Landschaft besonders unterentwickelt? Es hat mit zwei Grundproblemen zu tun: Ethikfreier Legalismus und verantwortungsscheuer Provinzialismus. Was nicht verboten ist, gilt bei vielen automatisch als zulässig (insbesondere wenn man damit Geld verdienen kann). Diese Haltung feiert gerade jetzt im Zusammenhang mit den Rohstoffmultis wieder Urständ. Weil Zug engstens und auch lukrativ mit der Welt verflochten ist, gibt es hierzulande nur zwei mögliche Positionen zur Welt: Kritisch und aktiv zur globalen Verantwortung stehen! Oder sich in einen besonders tiefen Provinzialismus verkriechen – über dessen Eingang der Spruch prangt: «Pecunia non olet.» Womit ich wieder beim Hauptthema des heutigen Abends wäre. ■

desratskandidatur kein Thema mehr. Das Interesse der Zeitung erlosch just in dem Moment, als auch Tännlers Interesse erlosch. Dabei drängten sich Fragen auf wie: Warum wollte die SVP-Fraktion nach dem Verzicht von Bruno Zuppiger auch vom Zweitplatzierten nichts mehr wissen? Hat die Zuppiger-Affäre gleichzeitig das Risikobewusstsein in Sachen Fifa geschärft? Dieser totale journalistische Absturz des hiesigen Monopolblattes wurde einzig etwas abgefedert durch eine recht liberale Leserbrief-Praxis. Dank ihr konnten journalistische Lücken mindestens teilweise gefüllt werden.

#### **Fifa-Familie**

Ich begeben mich nun auf die Ebene der Politik – und lasse dabei offen,

# Walchwil oder Murpfli?

Martin Stuber, Kantonsrat und Mitglied der Kommission für öffentlichen Verkehr | Bild Bulletin

18

**Im Zusammenhang mit der Doppelspur in Walchwil hat eine kleine Gruppe um Philip Brunner, Martin Stuber und ZBL-Koordinator Gerhard Schmid auch das direkte Gespräch mit «Bern» gesucht. Konzernleitungsmitglied und Chef Division Infrastruktur Philippe Gauderon hat uns schliesslich einen Termin gewährt – am 3. Juli am Hauptsitz der SBB in Bern. Kurz zuvor wurde die entsprechende Vorlage vom Regierungsrat im KR zurückgezogen. Es kommt Bewegung in die Sache.**

Das Gespräch mit Philippe Gauderon war spannend, intensiv, fair und sachlich. Monsieur Gauderon fordert einen, und das ist als Kompliment gemeint! Offenbar konnten wir bestehen, denn die Diskussion gipfelte schliesslich im Angebot der SBB, die Ausweichstelle «Murpfli» in ihre Fahrplansimulation einzubauen und uns das Resultat dieser Simulation Ende August zu präsentieren. Damit war eigentlich auch ein Teil der Forderungen in unserem Minderheitsbericht schon erfüllt, nämlich die betriebliche Machbarkeit des Murpfli seriös abzuklären. Der Kern unserer Argumentation wurde ernst genommen und unser Engagement für einen optimalen Mitteleinsatz bei der Bahninfrastruktur wird auch von den SBB als glaubwürdig taxiert.

## Nur Vorteile

Zur Erinnerung: Das Murpfli als Alternative zur Verlängerung der Doppelspur nördlich des Bahnhofes Walchwil liegt in topografisch günstigem Gelände ausserhalb des Siedlungsgebietes, kann wesentlich kürzer sein als die 1,7 km von «Walchwil Nord», erlaubt einen durchgehenden Halbstundentakt der S2 bis Arth-Goldau ohne teure Zusatzkomposition und vor allem ist die 2-jährige Sperrung der Strecke Oberwil–Arth-Goldau ausgerechnet nach der Eröffnung des Gotthard Basistunnel unnötig – ein grosser Teil kann im laufenden Betrieb gebaut werden.

## Eindrückliche Präsentation...

Am 18. September (kurz vor Drucklegung dieses Bulletins) hat nun die

Präsentation der SBB stattgefunden. Es ist beeindruckend, mit welchen Tools und welcher Kompetenz die Fahrplaner den Verkehr auf dem meistgenutzten Schienennetz der Welt planen und am reibungslosen Laufen halten.

Und die Komplexität des Systems Bahn ist nicht zu unterschätzen. Inzwischen verfügen die SBB über Software, welche das Schienennetz metergenau mit allen Installationen abbildet, hinunter auf jedes Signal und jede Weiche. Zitat Gauderon: «Wir haben die besten Fahrplaner der Welt!»

## ...mit zwiespältigem Resultat

Bezüglich Murpfli lässt sich das Resultat kurz so zusammenfassen: Es hängt alles an 2 Minuten! Die S24, so wie sie jetzt in der 4. Teilergänzung der S-Bahn Zürich geplant ist, erlaubt keine Abfahrt und Ankunft der S2, wie sie von uns vorgesehen ist, sondern erst 2-3 Minuten später. Zudem möchte Fahrplaner Beat Künzli mit der S2 möglichst früh in Zug sein und möglichst spät abfahren, um für alle anderen Züge mehr Spielraum zu haben.

Aber im Prinzip funktioniert das Murpfli! Auch bei der Simulation der Verspätungsszenarien schneidet das Murpfli vergleichbar ab mit der SBB-Variante. Allerdings wäre wegen dieser 2 Minuten der durchgehende

Halbstundentakt bis Arth-Goldau auch nur mit einer 3. Komposition möglich, da die 4 Minuten Wendezeit in Goldau nicht erreicht werden. Zusätzlich sei die Verlängerung der S2 bis nach Baar nicht wie geplant möglich, weil das angedachte Wendegleis in der Littli nicht erreicht werden könne.

## Ei des Kolumbus?

Die Diskussion über mögliche Verbesserungen beim Nordkopf des Bahnhofes Zug zur Eliminierung des Abgrenzungskonfliktes mit der S24 verlief im Sande. Und die Idee, die S2 und



Im herbstlichen Dunst passiert ein ICN in Doppeltraktion das Murpfli. Bis im Frühling lichtet sich der Nebel.

die S24 zusammenzulegen, wurde erst auf der Heimfahrt der Kerngruppe Stuber/Brunner/Schmid/Schnyder geboren. Wir bleiben dran.

P.S.: Der einzige Negativpunkt an der Veranstaltung war in der Pause die eher aggressive Frage des Gemeindepräsidenten von Walchwil, Tobias Hürlimann, an den Schreibenden, was das Ganze hier eigentlich solle. Ich musste ihn daran erinnern, dass er als Gemeindepräsident die Interessen von Walchwil zu vertreten habe und es ja wohl positiv für seine Gemeinde wäre, wenn die 1,7 km Doppelspur mitten im Siedlungsgebiet nicht gebaut werden müssten. ■

# Sieg und Frust

Martin Stuber, Bulletin Redaktor

**Bulletin-LeserInnen wissen es – der Ehrverletzungsprozess der Labuyla gegen die alternative grüne Zuger Quartalszeitung endete mit einem vollständigen Sieg des Bulletins. Labuyla wurde dazu verurteilt, den Beklagten eine Parteientschädigung von je CHF 4000.– zu bezahlen (der Autor und die Zeitung wurden separat eingeklagt). Aber die geneigte Leserschaft ahnt es – Labuyla zahlt nicht und das System in der Schweiz macht es diesen (beep beep beep) auch noch einfach.**

Wenn einer eine Betreuung macht, so kann er etwas erleben. Aber nur mit dem Tropfenzähler, denn es dauert, es dauert.

## Vorhersehbar

Dass die Labuyla nicht zahlen würde, konnte angenommen werden. Denn als wir am 17. Mai die Rechnung für die Parteientschädigung stellten – wenige Tage nachdem das Urteil Rechtskraft erlangt hatte – war der «Konzernsitz» in Zumikon bereits verwaist. Andreas Koch, den kennen zu lernen wir das Vergnügen anlässlich des Prozess hatten, war kurz zuvor als VR der Labuyla Holding zurück getreten. Präzis getimed...

Dann hiess es, die Zahlungsfrist abzuwarten und dann sofortiges Einleiten der Betreuung. Diese erfolgte am 5. Juni. Dann hörten wir zuerst mal nichts mehr. Anfangs Juli telefonierte unser Redaktor dem Betreibungsamt Küsnacht-Zollikon-Zumikon, um sich über den Stand der Betreuung zu erkundigen:

- Der Zahlungsbefehl könne in Zumikon nicht zugestellt werden, die Büros seien verwaist.
- Und jetzt?
- Man könne versuchen, es mit einem Requisitionspapier dem Verwaltungsrat der Labuyla zuzustellen. Herr Perri wohne in Wald (ZH). Das koste aber.
- Dann rufe ich das Betreibungsamt in Wald an?
- Nein, das nütze nichts. Wald sei nur für die Zustellung zuständig.
- Und was wäre die Alternative?
- Es müsse als unzustellbar gelten,

dann würden sie das dem Handelsregister melden, welche wg. Organisationsmangel ein Konkursverfahren einleiten werde. Wir könnten es aber auch im SHAB publizieren lassen, dann gelte es als zugestellt. Aber die Publikation koste, das müsste das Bulletin bezahlen.

- Und ab wann gilt es als unzustellbar?

Ich erspare der Leserschaft hier die detaillierte Prozedur, aber am Schluss wird noch die Polizei eingeschaltet – und es dauert x Wochen.

## Konkursamt hilfsbereit...

Um keinen falschen Eindruck aufkommen zu lassen: nachdem ich Frau C. unsere Situation schildere als Non Profit Betrieb, der auf reiner Fronarbeit beruht und ihr erkläre, dass wir mit der Parteientschädigung trotz Sieg auf der ganzen Linie und trotz Sozialtarif unseres Anwaltes noch «hindertsi» machen würden, zeigt sie viel Verständnis und nimmt sich Zeit, alle meine Fragen zu beantworten und die Prozeduren geduldig zu erklären. Das wiederholt sich auch bei den weiteren Telefonen. Denn nachdem ein weiterer Monat verstrichen war, telefonierte der Schreibende am 8. August wieder nach Küsnacht – die Betreibungsferien waren ja inzwischen vorbei. Nein, sie hätten nichts gehört von Wald, aber Herr Perri sei noch dort, bisher hätte am Schluss immer alles zugestellt werden können, sie werde nachhaken.

Das tat Frau C. auch, wie ich bei meinem nächsten Telefonat, wieder

einen Monat später, feststellen konnte. Bloss war das, was wir schon länger wussten und worauf ich das Betreibungsamt schon beim ersten Telefon hingewiesen hatte, nun offiziell: der gute Herr Perri hat sich abgemeldet nach Deutschland...

So – und jetzt kommt's: die Betreuungskosten und auch die Zusatzkosten, welche durch die Unzustellbarkeit auflaufen, muss das Bulletin bezahlen. «Die Betreuungskosten sind vom Gläubiger vorzuschliessen», so steht es in den Erläuterungen. Auch wenn die Betreuung 100% rechtens ist – das Gerichtsurteil haben wir unserem Begehren ja beigelegt.

## ...aber machtlos

Dazu der Kommentar von Frau C.: «Sie können diese Kosten der Labuyla in Rechnung stellen, wenn es zur Verwertung der Konkursmasse kommt.» Die angeregte Diskussion, die sich daraufhin entspannte, endete in der lapidaren aber korrekten Erkenntnis der Betreibungsbeamtin, deshalb würde ja auch immer wieder auf Betreibungen verzichtet, wenn zum Voraus klar sei, dass der Schuldner Konkurs gehe – oder schon Konkurs sei – und nichts mehr zu holen sei.

Fazit: Bei solchen Klagen sollte der Kläger ein Depot leisten müssen. Jeder Mieter muss das z.B. auch. Bei Betreibungen müssen die Zustellungsmodalitäten beim Zahlungsbefehl verschärft werden, damit bewusstes Ausweichen unterbunden wird. Und Betreibungsferien gehören abgeschafft.

P.S.: Das Betreibungsamt informiert das Handelsregister nicht von sich aus über «Organisationsmängel», welche eine Einleitung des Konkurses zur Folge haben müssten. Erst wenn die Unzustellbarkeit etabliert ist, wird dies dem HRA gemeldet. Dass seit anfangs März die Räume der Labuyla verwaist sind, erfährt das HRA nicht, obwohl es dem Konkursamt bekannt ist. ■

# Labuyla – der Anfang vom Ende

Franz Stoller, freier Journalist Zug | Foto Bulletin

20

**Seit dem für das Bulletin positiven Entscheid des Bezirksgerichts Meilen vom 13. März 2012 liegt kein Stein mehr auf dem anderen – die Labuyla Firmengruppe mit den beiden Verantwortlichen Andreas Koch und Gianni Perri steht finanziell mit dem Rücken zur Wand beziehungsweise ist kurz vor dem kollabieren. Zwei Firmen der Gruppe sind bereits Konkurs (Jacro Financière SA und Die Denker GmbH).**

Nicht nur das Bulletin war in Rechtsstreitigkeiten mit Koch und Perri verwickelt – auch Herr B. aus Luzern machte die unliebsame Bekanntschaft mit Medienanwalt Dr. Andreas Meili und seinen klagefreudigen Klienten.

## Dauergast bei den Justizbehörden

Herr B. erdreistete sich, auf verschiedenen Internetforen das Geschäftsmodell der Labuyla und die dubiose Vergangenheit der Herren Koch und Perri zu hinterfragen. Man traf sich ein erstes Mal im November 2010 beim Friedensrichteramt in Luzern zu einer Vergleichsverhandlung. Leider leistete sich Herr Perri während der Verhandlung eine verbale Entgleisung gegenüber Herrn B., so dass die Verhandlung ohne Ergebnis abgebrochen wurde. Der Streit wegen den angeblich «geschäftsschädigenden» Äusserungen wurde dann eine Stufe höher auf staatsanwaltschaftlicher Ebene ausgefochten. Doch Herr B. parierte auch diesen Angriff des Zürcher Rechtsanwaltes gekonnt. Die Staatsanwaltschaft Luzern stellte diesen Frühling das Verfahren gegen B. ein. Ehemalige Mitarbeiter von Labuyla mussten die Justiz 2011 mehrmals bemühen und ihre Lohnforderungen gerichtlich durchsetzen. Dies steht im krassen Widerspruch zu Dr. Meilis Aussage, dass seine Klienten einen «untadeligen» Ruf geniessen würden.

## Wankelmütiger Grossverlag

Der Sonntagsblick wurde von Labuyla ebenso angegangen und man verpasste dem damals für die zwei Streetparade Geschichten verant-

wortlichen Redakteur Guido Schätti einen Maulkorb in Form einer Unterlassungserklärung und entfernte die Artikel aus der Onlineausgabe. Es ist bis heute nicht klar, was die Gründe

Mit zunehmender Verfahrensdauer wurde es aber immer klarer, dass das Firmengebilde der beiden Herren bedrohliche Schlagseite hatte. Die den Aktionären vollmundig gemachten Versprechen, man werde ihr Investment vervielfachen, konnten in keiner Weise eingehalten werden und die Geschäfte sowohl in der Schweiz wie in Deutschland gingen nur schleppend und waren nicht annähernd kostendeckend. Schlussendlich musste die «Europazentrale mit Ladengeschäft» in Stuttgart, wo man



Die verlassene «Europazentrale» der Labuyla im deutschen Holzgerlingen.

für den Rückzieher waren und warum sich Ringier auf so einen Handel einliess. Hannes Britschgi, Ex-Chefredaktor und heute Dozent an der Ringier-Journalistenschule, wollte sich dazu nicht äussern. Das Bulletin dagegen zeigte sich hartnäckig und war keinesfalls kompromissbereit. Die beiden Labuyla-Betreiber Koch und Perri hatten vermutlich nicht mit so heftiger Gegenwehr gerechnet, offensichtlich waren sie der Meinung, ein teurer Medienanwalt garantiere einen sofortigen Erfolg.

grossspurig hundert neue Arbeitsplätze schaffen wollte, im Sommer 2011 Hals über Kopf geräumt werden. Seither residierte man in einem ziemlich heruntergekommenen Industriebau in Holzgerlingen. Das primäre Ziel von Labuyla-Anwalt Meili, die «schädlichen» Bulletinberichte gerichtlich vom Internet entfernen zu lassen, blieb ihm verwehrt.

## Vom Winde verweht

Die Büros der «Konzernzentrale» am Fadacher 1 in Zumikon sind leer und

verwaist, die Wandertruppe ist am 31. März 2012 nach «unbekannt» ausgezogen. Dies nur zwei Wochen nach der folgenschweren Niederlage gegen das Bulletin. Nebst dem Herausgeberverein wartet auch der dortige Vermieter auf Geld der mit 3 Millionen Franken Aktienkapital bestückten Firma. Doch es scheint, dass in deren Kasse gähnende Leere herrscht.

Ein weiterer Hinweis auf die prekäre finanzielle Lage der Labuyla Gruppe: Der Webshop in Deutschland und in der Schweiz, mit dem man ja die Investoren bei Laune hielt, ist seit Juni 2012 offline und nicht mehr erreichbar. Anfangs Juli wurde über die Jacro Financière SA der Konkurs eröffnet und die dem Firmenkonstrukt ebenfalls zugehörige Webdesign Firma «Die Denker GmbH» ereilte am 2. August 2012 das gleiche Schicksal. Weitere Insolvenzen dürften wohl bald folgen. Gehören die Tage mit Luxuswagen und hohem Lebensstandard definitiv der Vergangenheit an? Perri soll angeblich seinen neuen Wohnsitz in Wald (ZH) bei der ehemaligen Assistentin der Geschäftsleitung von Jacro haben. Doch weder der Vermieterin noch mehreren Bewohnern der Liegenschaft ist er bekannt. Ironischerweise präsentiert sich seine Domizilsgeberin D.B. auf dem Social Network Xing als «Independent Manager» für die Rekrutierung von neuen Strukturvertriebsverkäufern für Aloe Vera Produkte, die über ein schneeballähnliches Vertriebssystem verkauft werden.

#### **Strafuntersuchung läuft**

Schon vor Monaten ist bei der Staatsanwaltschaft Zürich, Abteilung für Wirtschaftsdelikte, eine Strafuntersuchung gegen Koch und Perri wegen möglicher Vermögensdelikte eröffnet worden. Die Pressestelle der Oberstaatsanwaltschaft bestätigt zwar die Existenz des Verfahrens, will aber aus Datenschutzgründen keine weiteren Informationen preisgeben.

Auch von der zuständigen Staatsanwältin Tatjana Heller war zu den Vorwürfen nichts in Erfahrung zu bringen. Es gilt wie immer die Unschuldsvermutung.

Womöglich geht es um die dubiosen Kapitalaufstockungen in Millionenhöhe, die von der Revisionsfirma Refin GmbH aus Brugg bestätigt wurden. Refin spielte im Firmenumfeld der rauchlosen Zigarette NicStic eine nicht unwichtige Rolle, zwischenzeitlich wurde der Firma von der Revisionsaufsichtsbehörde (RAB) gar die Zulassung entzogen. Seit dem Dezember 2011 stehen bei Refin nun die Räder still, die Firma ging nämlich still und heimlich Konkurs.

#### **Seltsames Umfeld**

Nebst ASE Verwaltungsrat Schlegel (siehe Bulletin 2/2012 - «Der Multimillionenfall») steht auch der ehemalige Labuyla Holding Verwaltungsrat Edin Kuranovic und seine Firma Leonor Swiss GmbH im Visier der Staatsanwaltschaft Stuttgart. Die Goldhandelsfirma, die auch ein «Mutterhaus» an der Chamerstrasse 174 in Zug betrieb, wird verdächtigt, ihre Kunden um einige Millionen Euro geprellt zu haben. Den Kunden wurden sogenannte «Gold-Sparpläne» verkauft, bei denen die Firma nebst der Depotführung auch noch die Lagerung des Edelmetalles in einem Zollfreilager namens «Albersrieden» übernahm. Laut deutschen Ermittlern habe man beim echten Zollfreilager Albisrieden in Zürich Erkundigungen eingezogen, dort sei die Firma Leonor Swiss aber nicht bekannt gewesen. Zwar soll der Geschäftsführer Bekir Berkant Güner in der Türkei angeblich für ca. 3 Mio. Franken Gold gekauft haben, nur leider ist es bis heute unauffindbar. Der Auslöser für das Strafverfahren war eine Betrugsanzeige eines erbosten Kunden, der im Dezember 2011 die Auslieferung seines bereits bezahlten Edelmetalls verlangte. Der «Goldhändler» tauchte unter und wurde

erst im Mai 2012 anlässlich einer Verkehrskontrolle auf der Autobahn in der Nähe von Heilbronn verhaftet. Seither sitzt er in Untersuchungshaft. Wenigstens einmal waren die Schweizer Behörden schneller als ihre deutschen Kollegen – der Zuger Ableger wurde bereits im September 2011 als unbewilligtes Institut auf der Homepage der Finanzmarktaufsicht (FINMA) gelistet und vom zuständigen Richter im November 2011 in Konkurs geschickt.

#### **Düpierte Aktionäre**

Das Kartenhaus der ehemaligen Max Entertainment Aktienverkäufer Koch und Perri ist stark einsturzfähig. Über 200 Aktionäre werden auf ihre erhoffte Kapitalvermehrung verzichten müssen. Nicht wenige davon haben unvorsichtigerweise ihre Altersvorsorge für das Labuyla-Projekt hergegeben. Sehr viel Geld wurde den zwei umtriebigen Herren anvertraut. Grobe Schätzungen gehen von einem Betrag von über 20 Mio. Franken aus, die sich nun in Luft aufgelöst haben. Ob ein Teil des Geldes in die Taschen von Koch und Perri gewirtschaftet wurde, dürfte die Strafuntersuchung wohl ans Tageslicht bringen. Einmal mehr steht in diesem Fall leider die Finanzmarktaufsicht für ihre Untätigkeit in der Kritik - waren doch die beiden Hauptakteure der FINMA seit längerem bekannt. Zum Schluss haben sich die Zwei auch noch als schlechte Verlierer gezeigt. Sie weisen jede Schuld von sich und behaupten bei ihren Aktionären, der Bulletin-Journalist und Herr B. seien massgeblich Schuld am Misserfolg ihrer Geschäftsidee. ■

Nach Redaktionsschluss erreicht uns folgende Nachricht: Die Labuyla GmbH Stuttgart ist ebenfalls Konkurs, zuständiger Staatsanwalt für das Strafverfahren ist Dr. Rosen von der Staatsanwaltschaft Stuttgart.

# Der erste Tourist

Jonas Feldmann, Redaktor BULLETIN | Bilder Jonas Feldmann

22

**Per Interrail erforschte ich im Frühling 2012 Europa. Auf meiner Reise gelangte ich unter anderem bis nach Belgrad, von wo aus ich einen nicht ganz alltäglichen Kurztrip unternahm: Mit dem Nachtzug nach Skopje, Mazedonien, von dort per Bus weiter nach Pristina, Kosovo, und von dort mit dem Nachtbus nach Podgorica, Montenegro, und mit dem Zug zurück nach Belgrad. Exklusiv veröffentliche ich hier meine Tagebucheinträge, die meine Erfahrungen während meinem «Tagesausflug in den Kosovo» beschreiben.**

**Sonntag, 06.05. 2012, 09:55h,  
Skopje – Pristina**

Der Bus, in dem ich für etwa fünf Euro von Skopje nach Pristina reise, bietet etwa Platz für 20 Leute und ist zur Hälfte voll. Hinter mir sitzt eine kroatische Dame, die andauernd rülpsst und mich aus grossen Glubsch- augen anschaut und irgendwas schwafelt, das ich beim besten Willen nicht verstehen kann. Ich sitze nur da, lächle sie an und nicke. Ich komme mir mehr wie ein illegaler Flüchtling als wie ein Tourist vor.

Eine halbe Stunde nach der Abfahrt in Skopje kommen wir zur Grenze. Ein Grenzpolizist betritt den Bus und brüllt irgendwelche mazedonischen Befehle. Weil daraufhin alle anderen Passagiere ihre Pässe hervorholen, hole ich meinen auch hervor und reiche ihn dem Beamten, der erst einmal für einige Minuten in ein Kabäuschen verschwindet, um die Pässe zu prüfen. Als wir unsere Pässe endlich wieder zurückbekommen, kann die Reise weitergehen. Allerdings nur etwa zehn Meter, denn schon wieder betreten zwei Beamte – diesmal Kosovarische – den Bus und verlangen die Pässe. Endlich im Kosovo angekommen, geht es nur fünf Minuten, bis uns die Polizei wieder rauswinkt. Unser Fahrer ist offensichtlich in eine Polizeikontrolle gekommen, er war etwas zu schnell unterwegs. Er muss aussteigen, um sich die Moralpredigt des Verkehrspolizisten anzuhören. Bezahlen muss er aber nichts, soviel ich mitbekomme. «Oh, Kosovo, Kosovo» seufzt die Kroatin hinter mir.



Herzlich willkommen in Pristina!

Die Landschaft hier ist viel weniger ärmlich, als ich erwartet hatte. Es hat zwar viele Häuser, die sich noch im Rohbau befinden, aber es gibt auch einige schöne Einfamilienhäuschen. Und viel Industrie. Mindestens jeder zweite Kosovare scheint in Auto- und Autoreifenverkaufs- oder Autoverschrottungsbetrieben zu arbeiten. In der Ferne sehe ich Schneeberge, was irgendwie überhaupt nicht zum Gesamtbild und zur Temperatur hier im Bus passt. Der Bus holpert weiterhin auf schlaglöchrigen Strassen gen Pristina – eben habe ich das erste Mal ein Schild gesehen: «Pristina 10 km» steht da, untendran dasselbe in kyrillischer Schrift, doch das wurde mit schwarzer Farbe durchgestrichen. Mal schauen, wie es für mich weitergeht, sobald wir angekommen sind.

**Sonntag, 06.05.2012, 11:35h,  
Pristina, Broadway Café Bar**

Kaum in Pristina angekommen löse ich mein Ticket für die Weiterfahrt nach Podgorica (Kostenpunkt 16 Euro). Um 19 Uhr geht's los. Bis dann habe ich also Zeit, die kosovarische Hauptstadt zu erkunden. Viel zu erkunden – das sage ich jetzt so auf den ersten Blick – gibt es allerdings nicht. Das «Boulevard Bill Clinton» wird seinem Namen als «Boulevard» nicht wirklich gerecht, Museen gibt es hier keine und falls es hier mal irgendwelche Sehenswürdigkeiten gab, sind diese spätestens seit dem Krieg vor zehn Jahren zerstört und plattgewalzt. Pristina ist eine – Tschuldigung – hässliche Stadt, die wie schon ihr Umland von Industrie und Autoverkauf dominiert ist. Nur die Einfamilienhäuschen haben, je näher wir der Stadt kamen, grossen, tristen Wohnblocks Platz machen müssen. Tourismus gibt es hier offensichtlich nicht, dafür wohl viele Diplomaten, denn zwischen den hässlichen Blocks blitzen immer wieder teure, neu gebaute Vier- und Fünfsterthotels hervor. Ausserdem sieht man in ganz Pristina viel Polizei. Militär, z.B. die Swisscoy, habe ich noch nicht gesehen. Aber die kurven ja wohl auch nicht bei heiterhellem Tag durch die Hauptstadt, nehme ich an.

**Sonntag, 06.05.2012, 15:05h,  
Pristina, Elena Restaurant**

Hier sitze ich also schon wieder im Restaurant und genieße ein kosovarische Bier («Peja») und einen (mehr oder weniger kosovarischen) Hamburger. Im Hintergrund höre ich einen Brunnen rauschen, im Vordergrund (da sehr laut) einheimische Popmusik. Ich habe das Gefühl, dass jeder, der sich hier aufhält und Englisch spricht, entweder vom Militär oder von irgendeiner Botschaft kommt. So werde ich nämlich behandelt. Nur einen Wunsch können mir die zuvorkommenden Kosova-



Strassenkunst oder nationalistische Propaganda?



Pristina: Eine Stadt im Aufbau.

rinnen und Kosovaren nicht erfüllen: Ich suche schon seit ich hier angekommen bin nach Postkarten. Obwohl ich alle zehn Schritte an einem Kiosk vorbeikam, fand ich nur einen einzigen, der Postkarten anzubieten hatte. Ich brach in Jubel aus, als ich das sah, doch die Freude legte sich wieder, als ich sah, dass dieser Kiosk als einziger von allen sonntags geschlossen ist. So begnüge ich mich also damit, auf der Suche nach schönen Postkartenmotiven durch die entweder vom Krieg relativ verschont oder rasch wieder renovierte (ich vermute zweites) Innenstadt zu schlendern. Postkartenmotive finde ich zwar keine – vielleicht der Grund, wieso es auch keine Postkarten gibt – dafür andere, für einen Schweizer Touristen interessante Dinge. Die Kosovarinnen und Kosovaren schauen mich immer ganz verwundert an, wenn ich irgendetwas fotografiere. Eine alte Frau lacht mich einmal so offensichtlich aus, als ich einen Wohnblock fotografiere, dass es mir fortan immer peinlich ist, die Kamera auszupacken.

**Pristina, 06.05.2012, 17:55h,  
Pristina, Busbahnhof**

Viel zu früh sitze ich schon am Busbahnhof. Aber man kann ja nie wissen. Vor allem hier nicht. Denn obwohl die Polizei hier noch präsenter ist als in Zug – auch vier Soldaten (zwei davon sogar Soldatinnen) des KFOR habe ich angetroffen – fühle ich mich hier in der Abenddämmerung

recht unwohl. Meine Meinung über die Stadt muss ich nach heute Nachmittag etwas revidieren, sie bietet schon einige schöne Fleckchen, viele Cafés und Bars. Aber ich scheine hier wirklich der einzige und überhaupt der erste Tourist zu sein. Und die kosovarische Bevölkerung scheint Touristen gegenüber nicht sonderlich freundlich gestimmt zu sein, auch wenn ich in Cafés und im Restaurant sehr zuvorkommend bedient wurde. Dass der Kosovo (oder heisst es das Kosovo?) touristisch noch nicht erschlossen ist, beweist natürlich schon die Tatsache, dass es in ganz Pristina weder Postkarten oder Souvenirs zu kaufen noch irgendwelche Sehenswürdigkeiten zu besichtigen gibt. Nur Cafés, Bars und Restaurants. So verbrachte ich den ganzen Tag entweder laufend oder sitzend und Kaffee oder Bier trinkend.

**Sonntag, 06.05.2012, 21:00h,  
Pristina – Podgorica**

Der Bus nach Podgorica ist planmässig abgefahren. Gerade hält er an einer dunklen Raststätte und fast alle Leute – der Bus ist nicht ganz, aber beinahe voll – sind ausgestiegen. Ich nicht – aus Angst, der Bus würde ohne mich weiterfahren und mich hier vergessen. Bald sollte die Grenze kommen und wenn wir diese ohne Schikanen überquert haben, kann ich vielleicht noch eine Runde schlafen. Dieser Bus bietet nämlich wesentlich mehr Komfort als der letzte: Mehr Beinfreiheit, einen Sitz,

den man etwas nach hinten neigen kann, sogar ein kleines Tischchen kann ich vom vorderen Sitz runterklappen. Seit wir vor genau zwei Stunden in Pristina losgefahren sind, läuft der Fernseher. Im Moment kosovarische Musik-Clips, nicht meine Lieblingsmusik. Die (ebenfalls kosovarische) Sitcom mit den drei Transvestiten (vielleicht auch nur von Männern gespielte Frauen oder Kosovarinnen mit Raucherstimme und Bartwuchs, so genau weiss ich es nicht, weil ich nichts verstanden habe) hat mir irgendwie besser gefallen. Eigentlich



«Bitte entladen Sie Ihre Waffe», so gesehen am Haupteingang des Postgebäudes in Pristina.

24

hoffe ich zwar, dass das Gerät bald abgestellt wird, vielleicht kehrt dann mal etwas Ruhe ein im Bus.

An der Grenze vom Kosovo nach Montenegro hatte mein Schweizer Pass übrigens für viel Aufregung im Bus gesorgt, so dass plötzlich der ganze Bus über mich zu munkeln begann. Einer der Kosovaren spricht ein bisschen Deutsch – er hatte nach dem Krieg für zehn Jahre in Österreich gearbeitet und wurde dann, aus Gründen, auf die er nicht so genau eingehen wollte, zurückgeschickt und arbeitet nun auf einer Baustelle in Montenegro – und wir kommen ins Gespräch. Das erste Mal seit Tagen, dass ich Deutsch spreche! Ganz Montenegro gehöre den Russen, meint er, die es nach ihren Plänen zum Touristenparadies machen wollten. Er erzählt mir auch vom Krieg, wo er selbst als Soldat in der kosovarischen Armee dienen musste. Und seit ich weiss, dass noch bis vor zehn Jahren ganz Pristina (und wirklich ganz Pristina, wie er nochmals betonte) total zerstört war, habe ich nun eine etwas andere Meinung der Stadt, die sich also quasi noch im Rohbau befindet. Für dass sie nämlich vor zehn Jahren noch in Schutt und Asche lag, hat sich schon wieder einiges getan.

Mittlerweile ist es dunkel geworden über dem Balkan. Die Bergkette, auf deren Gipfeln noch immer Schnee liegt, kann ich zwar nicht mehr sehen, doch ich weiss, dass sie irgendwo nicht allzu weit vor uns in den Himmel ragt. Irgendwo hinter diesen Bergen liegt Podgorica. Ich kann mir ehrlich gesagt nicht vorstellen, dass es tatsächlich eine Strasse über diese Berge geben soll, aber ich weiss, wohin dieser Bus fährt und der wird ja wohl auf der Strasse bleiben. Wenn wir nicht extrem verspätet in Podgorica eintreffen, nehme ich von dort den ersten Zug nach Bar – und sehe sogar noch das Meer! ■



### No Man's Zone – Mujin chitai.

Montag, 8. Oktober 2012, 20.00 Uhr

Am 11. März 2011 kam es infolge von Erdbeben und Tsunami in Fukushima zum Atomunfall. Durch radioaktive Strahlung sind selbst Orte ohne sichtbare Zerstörungen auf viele Generationen hinaus unbewohnbar. Toshi Fujiwara versucht, den unsichtbaren Schaden zu zeigen: Ein Mann wandert durch die 20-Kilometer-Zone um die havarierten Atomreaktoren. Gelegentlich begegnen ihm weisse Geister in Schutzkleidung, die seltsamen Aufgaben nachgehen. Und alte Menschen, die entschlossen sind, in der Zone auszuharren...

Nach der Vorstellung beantwortet WoZ-Journalistin Susan Boos Publikumsfragen. Für ihr neues Buch «Fukushima lässt grüssen» hat sie vor Ort recherchiert.



### Ecuador.

Montag, 12. November 2012, 20.00 Uhr  
2007 schlug der ecuadorianische Präsident Rafael Correa der Weltgemeinschaft vor, das gesamte Erdöl im Yasuni-Nationalpark unter der Erde zu belassen. Als Gegenleistung sollte die internationale Gemeinschaft Ecuador die Hälfte der entgangenen Erträge zurückzahlen. Damit würde der Zerstörung eines Paradieses entgegengewirkt, das Lebensraum für Ureinwohner und eine einzigartigen Biodiversität ist. Regisseur Jacques Sarasin begleitet Rafael Correa auf dessen Weg, die Menschen von seiner Idee zu überzeugen. Nach der Vorstellung beantwortet der langjährige Lateinamerika-Korrespondent des Tagi, Christoph Kuhn, Publikumsfragen.







**Ahimsa – die Stärke von Gewaltfreiheit.**

Montag, 10. Dezember 2012, 20.00 Uhr  
Gewaltloser Widerstand im Sinne Gandhis wird auch im heutigen Indien noch gelebt. Der Schweizer Filmer Karl Saurer zeigt uns die modellhafte Geschichte einer Dorfgemeinschaft von Ureinwohnern, die sich im jahrelangen gewaltfreien Kampf das Recht auf Boden und Wasser erstreitet. Nach der Vorstellung beantwortet Regisseur Karl Saurer Publikumsfragen.



Freundliche Grüsse  
Martin Bucher  
FLIZ FilmliebhaberInnen  
Zug

**Büchermail**

Liebe Bulletin-LeserInnen!

Ich möchte Euch gerne auf zwei wichtige Neuerscheinungen im Bereich Sachbuch aufmerksam machen. Was die belletristischen Bücher betrifft - habe ich mir schon lange vorgenommen einmal eine eigene Liste mit den von mir am liebsten gelesenen neuen Titeln dieses Bücherherbstes zusammenzustellen. Vorerst aber zu zwei Sachbüchern von Schweizer Autoren, die ich sehr wichtig finde:

**Gret Haller: Menschenrechte ohne Demokratie**

Aufbau-Verlag  
Mit Menschenrechten in Diktaturen ist es nicht weit her. Doch wie verhält es sich damit in so genannt gefestigten Demokratien, wenn Volksentscheide Menschenrechte verletzen? Über den Stellenwert der Menschenrechte in der Schweiz äussert sich Gret Haller zwar nur sehr knapp. Hart ins Gericht geht sie vor allem mit dem von ihr so genannten neuen «Interventionismus» nach dem Ende des kalten Krieges.



**Jean Ziegler: Wir lassen Sie verhungern**

Bertelsmann-Verlag  
Unermüdlich ist er, der alte leidenschaftliche Kämpfer. Ein wichtiges Buch auch für jene, die glauben, sie wüssten bereits genug zu diesem Thema. Hier noch eine Antwort von Jean Ziegler in einem Interview mit der Weltwoche vor ein paar Jahren: «Bei Ihnen steht jedenfalls fest, dass Sie Ihr Salär als Professor eines «Schurkenstaates» bezogen – sofern man Ihren Büchern über die Schweiz glaubt» Jean Ziegler: «Die Schweiz ist kein Schurkenstaat. Sie ist eine uralte Demokratie, die kolonisiert wurde durch eine Finanzoligarchie. Uns steht der Dekolonisationsprozess erst noch bevor.»



Bevor ich nun meine Liste bringe noch ein Hinweis auf ein neues Buch von P.M. mit dem Titel: **Manetti lesen oder vom guten Leben.** Das Buch ist soeben im Nautilus-Verlag erschienen und tönt sehr vielversprechend. Ich packe es auf jeden Fall in meine Herbstferien-Tasche.

**Meine Bestenliste Herbst 2012:**

- David Mitchell:** Die tausend Tage des Jacob de Zoet, Rowohlt-Verlag
- Mario Desiati:** Zementfasern, Wagenbach-Verlag
- Irvin D. Yalom:** Das Spinoza-Problem, btb-Verlag
- Julie Otsuka:** Wovon wir träumten, Mare-Verlag
- Margareta Mazzantini:** Das Meer am Morgen, Dumont-Verlag
- Lily Brett:** Lola Bensky, Suhrkamp-Verlag
- Richard Ford:** Kanada, Hanser-Verlag

Ich wünsche allen einen schönen Leseherbst!  
Susanne Giger



26



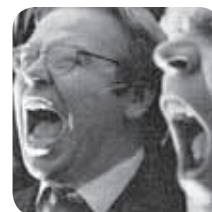
«Danke sagen möchte ich auch für eure immer wieder beeindruckende und aufrüttelnde Arbeit und Berichterstattung. Das faule Zurücklehnen in der warmen Stube bekommt dann einen bitteren Nachgeschmack ;-) Klar hat es auch das eine oder andere, das mir bekannt ist, aber ich finde es spannend, zusätzliche Blickwinkel geliefert zu bekommen.» (Feedback einer Leserin auf das Bulletin Nr. 1/2012)

### Unser Redaktionsteam sucht Verstärkung

Wir sind ein engagiertes Team, das 4-mal im Jahr eine Zeitschrift herausbringt, die ihresgleichen in der Schweiz suchen kann. Das machen wir aus Überzeugung, mit viel Engagement und weil wir das Herz auf dem linken Fleck haben. Unser Redaktionsteam arbeitet ehrenamtlich, die Arbeit im Team macht Spass. Das Redaktionsteam korrigiert, redigiert, lektoriert, schreibt manchmal auch Artikel, sorgt für Kontakte zu potentiellen Autorinnen und Autoren, sorgt dafür, dass die Artikel fristgerecht eintreffen, hat das Ohr am Puls der Politik und weiss ungefähr, was auf der politischen Traktandenliste (national und kantonale) steht. Die Redaktionsmitglieder sorgen dafür, dass die Aufgaben gemäss den eigenen Ressourcen verteilt werden. Für die Inhalte ist die Redaktion zuständig, sie ist also auch frei in der Auswahl der Themen. Nun suchen wir Verstärkung.

Hast du Interesse an dieser vielfältigen Arbeit?  
 Bringst du Zuverlässigkeit und Ausdauer mit?  
 Bist du interessiert an ehrenamtlicher Arbeit?  
 Willst du deine Fähigkeiten im Umgang mit Sprache anwenden?

Dann melde dich unter [bulletin@alternative-zug.ch](mailto:bulletin@alternative-zug.ch).  
 Wir freuen uns auf Verstärkung.  
 Das BULLETIN Redaktionsteam



**Sonntag, 23. September:**  
 Abstimmungssonntag

**Mittwoch, 3. Oktober:**  
**Alternative Monatsbar**  
 ab 18.30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug, mit Köchinnen und Köchen Alternative – die Grünen Unterägeri

**Samstag, 27. Oktober:**  
**Flyer verteilen gegen Ausbau Casino**  
 08.00 bis 12.00 Uhr, Landsgemeindeplatz Zug Badekappe und Schwimmbrille mitnehmen!

**Mittwoch, 7. November:**  
**Alternative Monatsbar**  
 ab 18.30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug, mit Köchinnen und Köchen Alternative – die Grünen Stadt Zug

**Dienstag, 13. November:**  
**Parteiversammlung Gleis 3 Alternative Risch**  
 19.30 Uhr, Besprechen der Geschäfte zur Rischer Gemeindeversammlung

**Samstag, 24. November:**  
**Delegiertenversammlung Grüne Schweiz**

**Sonntag, 25. November:**  
 Abstimmungssonntag

**Mittwoch, 5. Dezember:**  
**Alternative Monatsbar**  
 ab 18.30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug, mit Köchinnen und Köchen Alternative – die Grünen Steinhausen



### Die Alternativen im Kanton Zug

#### Alternative – die Grünen Zug

Postfach 4806, 6304 Zug  
041 711 99 09  
www.alternative-zug.ch  
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro Alternative – die Grünen Zug:

**Montag 14–18 Uhr**  
**Dienstag 9–13 Uhr**  
**Donnerstag 9–13 Uhr**

#### Alternative – die Grünen Baar

Anna Lustenberger-Seitz  
Postfach, 6340 Baar  
info@alternative-baar.ch

#### Alternative – die Grünen Menzingen

Barbara Beck-Iselin  
Postfach 112, 6313 Menzingen  
b.beck-iselin@bluewin.ch

#### Alternative – die Grünen Unterägeri

Cornelia Mayinger  
cornelia.mayinger@datazug.ch

#### Alternative – die Grünen Stadt Zug

Postfach 4805, 6304 Zug  
info@alternative-stadt.ch

#### Forum Oberägeri

Philipp Röllin  
forum-oberaegeri@mymail.ch

#### Gleis 3 Alternative Risch

Hanni Schriber  
hannischriber@gmx.ch

#### Grüne Steinhausen

Postfach 123, 6312 Steinhausen  
steinhausen@alternative-zug.ch

#### Junge Alternative Zug

Postfach 4806, 6304 Zug  
junge@alternative-zug.ch

#### Krifo Alternative Cham

Sha Ackermann und Roman Ambühl  
cham@alternative-zug.ch

#### Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat

www.alternativefraktion.ch

#### Grüne Partei Schweiz

www.gruene.ch



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen.

#### BULLETIN

Nr. 3, SEPTEMBER 2012, erscheint viermal jährlich.

#### Herausgeber:

Verein DAS BULLETIN

#### Adresse:

BULLETIN Alternative – die Grünen Kanton Zug, Postfach 4806, 6304 Zug, bulletin@alternative-zug.ch

#### Catering:

Arlene Wyttenbach

#### Redaktion:

Natalie Chiodi, Hansjörg Glauser, Jonas Feldmann, Philippe Koch, Lorenzo Martinoni, Martin Stuber

#### Gestaltungskonzept:

S.H.E.D. GmbH

#### Produktion:

Satz, Bild und Druck: DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print (100% Recycling Papier)

#### Titelbild:

Paula Gisler

#### Nutzaufgabe:

850 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.–

KleinverdienerInnen Fr. 10.–

Unterstützungsabo: Fr. 50.–

Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.–

#### Einzahlungen auf:

Verein DAS BULLETIN, 6304 Zug, PC 60-30584-6

#### Redaktionsschluss

Nr. 4/2012:

30. Oktober 2012

#### Erscheinungsdatum:

Donnerstag 28. Dezember 2012

«DAS BULLETIN»  
im Internet unter  
[www.bulletin-zug.ch](http://www.bulletin-zug.ch)

P.P. 6304 Zug  
Adressberichtigungen melden:  
Alternative - die Grünen Zug,  
Postfach 4806, 6304 Zug

